

Approved For Release 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R00310012000540

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 21 June 1949

SUBJECT German Press and Radio Reports

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

DATE OF I ACQUIRED

25X1A

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

25X1X

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U.S.C. 31 AND 32. AS AMENGED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROCEEDED OF THE FORM IN PROHIBITED. HOWEVER INFORMATION OF THE FORM IN PROHIBITED. HOWEVER INFORMATION OF THE FORM IN THE RECEIVING AGENCY.

*Documentary

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION FOR THE RESEARCH USE OF TRAINED INTELLIGENCE ANALYSTS

SOURCE

The attached German press and radio reports are being sent to you for retention in the belief that they may be of interest.



25X1A

CLASSIFICATION

sr(KC)

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0



SED-Pressedienst (PD)

PERHRUP: 472136 - 472486 - 47263

Inhaltsverzeichnis

vom 23. April 1949

Bilding einer aus enpointischen Kommission beim Parteiwage tand der SED

Nachrichten

Priedenstreunde schweiben an den Papst
Hauptstadt Deutschlands - Bollwerk des Priedens
Priedensrufe über Zonenschranken hinweg
Universität Halle an die Bonner Universität
Bergarbeiter werstindigen sich
Priedenskundgeban in Dresden, Stralsund und Potsdam
Betriebsarbeiter und Jugendliche stehen im Priedenskampf
KAS-Belegschaften danken der Sowjetunion
Streikabstimmung im Betrieben der britischen Besatzungsmicht
... bis Bonn des Einteitswillen Rechnung trügt

Fressestimmen

Ausgebissens Löwensähne

Fommentere

Der Weg zum Prieden!
Die Ersenbahner lassen sich nicht missbrauchen
Am 1. Mai - für Prieden und ein besseres weben
Eine Entschliessung des Wirtschuftsausschusses des
Deutschen Volksrates
Landraub doch perfekt

Artikeldienst

Brei Jahre Arbeit und Kampf (Hermant Matern)

Stimmen des Auslandes

RP Belgiens über Atlantik-Pakt Interview mit Paul kobeson Sozialistische Stautskontrolle in der Sowjetunion

Zur Information

Der Kommuniamus in dupen

guatur a. fe dileton

Von wanten Prieden (anti Stitzer) laris ruft zum Prieden - danals wie heute

Approved For Release 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R003100100005-0



FERNEUF: 472156 - 472456 - 472656

Inhaltsverzeichnis

> Johre SED Witto Grotewohl and der kind/eming des Sau-Landesverbandes Berlin Das antilescristisch-demokratische weitschland in der Kriedensfront Nachrichten Den alleg erschlagen, denit der Frieden leben kann Brandenburg führend mit Hel-Vorbereitungen Innerbetrieblicher metthewerb mum 1. Mai rraktoriet Persewitz weist den meg "Jange rioniere" verwirksichen ein Beuprogramm Volletandig verginat une beleuchtet meichebehn-4ktivisten fehren askord "Jagendrag" im meichebelnbeark Güstrom 900 Volkapolisia tem meteres quibamarbeit in rommatableere deaa Steesfart raft and mottle week in der Chemie-Indantrie Gute Isee eigen Zimmerpostern Anderseptige cokerneger are abbringer. Doingenoese secharten wir den für Grieden and Johletend No reportiviet Paul sock orklärt seine Arbeitmethode tenting the tracks a track of their Benging and what and Gebietenbiretingen to . ter De - Caramientarios se - 1 Languate colore de priodeste iriazieteakoga idilaik bag abbarthrung Artikelaircet Die minheit der Antifemenierer und diferetendekümpfer (Heinz Schumenn) Stimen des plelandes Folniech: Squern haben die Ukraine geschen Amerikanischer Gewerkschaften Whrer gegen atlantikpakt ing - later for ministicher Koloniantion " ir formation

Approved For Release 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R003100100005-0

a restism,, 414 windstig withing beherrecher



Inhaltsverzeichnis

22. April 1949

FERNRUF: 472156 -473486 - 473436

Der Deutsche folksrat an den Veltfriedenskongreß

Machrichten

Tunduchun en und Temonatrationen begrüßen Weitfriedenskongred Prondonturgs aandidaten für den 3. Deutschen Volkskongreß

Vetthemerbe zum 1. al

Chr lokomotiven und Eisenbahnwagen Westdeutsche Aumpels eingeladen Einen Dübelautomaten mehr Infimien für MAS Schldarität Alle ziehen an einem Strang

Auf vollen Touren in huringen

"Bahn der Jugend" wurde Hauptstrecke
"leviel sowjetische Traktoren und LKW's sind eingetroifen
Erandenburg intensiviert Wohnungsbau
. Ofnan melend schleswig-holsteinischer Umsiedler
. 12wirtschaft in Schleswig-Holstein

Promostimmen

Colleutsche Cerseeindrücke

Colleutsche Cerseeindrücke

Colleutsche Schole "normal" findet

Colleutsche Geschäft

A 642 ... 875 4 276

Die lurcht der Hetzer vor einer Einigung Demografisches Spiel um Bonn Amerikanische Trovokationspiline zum 1.2ai

Att en erat

len.n - der große Levolut oner und Führer der Verktötiger (von obert porb. ... "um den .reis eines Bürgerkrieges" ("Zeit")

erimen des Justandes

Tre./onrplan der viehzucht der [dSSR], onchester Guardian über westdeutschen Guledergutbau

. u. tor o. .euilletop



FERNRUF: 472158 - 473456 - 473636

Inhaltsverzeichnis

vom 21. April 1949

<u>Nachrieuter</u>

Sympathickundgebungen für ien Weltfriedenskongreß
Aufhauarheit unsere Friedenswaffe
Neitun-Werft wurde Wettbewerbssieger
Im Kreilewerk vird mit Überlegung gearbeitet
Getraideaussaat in mecklenburg abgeschlossen
Sowjetische Spezialisten lehren Trecker fahren
"Laisitzer Rundschau" hat kritische Volkskorrespondenten
Helft der Jugend
Forstarbeiter auf neuen Wegen

Letzte Meliung

Schumacher bestätigt Spionage

Pressastingen

Churukteristische Geständnisse

Die Kriembetzer zur Verantwortung ziehen!

i. mmenture

Deutschlund im Kampf um den Frieden Die Rolle eines agenten Zum Umfall bereit Freiheit der Personlichkeit – nicht für antifuschisten

artikeld anst

Der Weltfriedenskongreß Der Arbeitsaufwand in der sowjetischen Lundwirtschaft

Stimmen des Auslandes

Frederaufleben der deutschen Aggression
Die Budget des reimen Mannes
Presidestimmen zum budget der Labour-degierung

Zir in o milion

"The relate" zero Deutschlar i-repoblem

SECRET

6/6/49

No. 26

Pressederichte aus den westzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der intschaftspolitische lasschuld der CDU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen Folgende Thesen enthält:
Schaffung einer Zentralaufsicht für die Mährung; keine Subventionspolitik; kein Preisent; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preisenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unwöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstlungen zum Zwecke der Kanitalsbildung; Steuerreform, Werbunden mit proßerer Sparsankeit der öffratlichen Hand; und Neubem der deutschen Bandelsflotte, da bisher rund 200 Willionen Bollar jahrlich für die Benutuung fremder Schiffe ausregeben worden sind.

Prof. SRHAFD erklärte in einer mede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynemisch, während sie Seschichte bewiesen habe, das alle Versuche, die Wirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen mühten. Erhard warf den Aritikern vor, sie hätten als einzigen Auswes aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Aein Aensch könne erwarten, das nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei die schwerzierend sie im einzelnen auch schen, durchäus als positiv für die kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der genwärtige Areditmansch den Entwicklung gewertet werden. So sei der genwärtige Areditmansch den Schwichung einer Schen der Monsch und das dieses Geld auch tatsächlich gut sei, "Es fiele mir nicht soner Preis dafür wären neue inflationistische Tendonzen. Damit würden wiene eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise wirden anziehen und das Realeinkommen sinken".

Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen beriodinischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährischen Zum Ansienen erforderlich. Zum Zeit würden Mittel pereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt Allgem. Ztg. V. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesen, Mathy und Teleng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der FDJ und des FDCB an der Grindung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Keue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Offentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.
Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Beidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Plieger- und Gänrungsgeschädigten, Ausgewiesenen und Plüchtlinge sowie alle Kriegsoeschädigten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-PTAIZ aufgenommen. SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

31/5/49

No. 105

Auszige aus kundfunkberichten

Sender Leipzig von 27. Mai 1949

Berlin: Gepen die Perrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen Stellung genommen. so sandten die Elsenbahner von Beigzig, zwikkau, presden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Emporung Ausdruck geben, das das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde hach vierstündiger Dauer beendet. pen vorsitz lührte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gewacht hatte. Korrespondenten einiger Berliner Weltungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseaaträge zwecks Teilnahme an der Ausenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die Französische Regierung stillschweigend über die Antrage hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthopen zu sein, die Ablehnung begründen zu missen. In Kreisen der Journalisten wird die Auß fassung vertreten, das einige Fächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind. Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschlage myschinskis haben klar erkennen lassen, das die SU bereit sei, alles zu tun, um die Winheit Beutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle Wetallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Tesetz ihres Hendelns zu machen. -Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Ts solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Genler leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Testdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Nuschke daw. Stellung nehmen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland is ..-In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversamlungen

Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche kundschau schreibt heute, die ersten Tage in Peris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das wort Einheit Deutschlands ständig zu wiederholeh, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre regenergumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, Die KPD von Sheinland Drahm unteressen.

Die KPD von Sheinland-Pfalz sandte an den Volkskongred eine Erklarung, in der es heißt, daß sich alle außrechten Deutschen zur Nationalen Front sowie für Deutschlands Einheit und Frieden bekennen. Während sin westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands nergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzig vom 29. Mai 1949

Woute warde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue wittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Vationalen Front" müsse auch auf Westdeutsch-land ausgedehnt werden.

2/1/49

No. 146

Ausziige aus Presseberichten

Verlassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongred der Ostzone an-genommene Verlassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Abschnitten mit inspesant 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, das bestschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Serlin. Thre Parben sind Schwarz-Kot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgepräfte zentralistische Charakter kommt dert zum Ausdruck, wo es heißt, daß al-le wesentlichen inselegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Stattsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Exekutive und Lechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide Rammern wehlen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Prasident ist zugleich kegierungschef und amtiert vier Jahre. In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Bemokratischen Kepublik verlieren das aktive und passive Kahlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze regen demokratische Rolitiker und Briegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Horigen werden in der Verfassung die persönliche Greiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Reinungsaußerung gerintiert. Alzerdings wird darauf hingewiesen, das alle diese kechte durch die geltenden Cesetze eingeschränkt werden können. Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Permins zum Empfang einer Volkskongreddelegation durch den außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Dolegationswitzlieder gebeten. Zu der Volksratseitzung in der Berliner Stantsoper erklärte ein Sprecher der SED, Die Proklamation der Deutschen Demokratischen Eepublik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sien ziehen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt,
bis in Paris eine Klarung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine
Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Repuplik proklamiert worden, die sei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten. Allgen. Ztg. von 1. Juni 1949

Cstzonen-ADD. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Beheoung der Oel der Stimmenauswertung der Volkskongreßwahlen festgestellten Unrebelmäßigkeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", beißt es in einer Resolution der Ostzonen-LDP. Nach einerNähmeren Besprechung verantwortlicher Perteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese öurfe auf Befehl der SMA nicht einenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin fest, es habe keinen Zweck, die Blockbolitik fortzusetzen, und schlug eine Die Meue Ztg. vom 31. Wai 1949

Cro3berliner Finanzverwaltung unter reuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Cro3-Berliner Registrats, Martin SCHMIDT, erklarte anläßlich seiner autsübernahme, daß die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Bethoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse Febrochen werden. Er kündigte an, daß der übschluß für das Haushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juschuß aufweisen werde.

Keues Deutschland vom 15. Gai 1949

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen irbeiter und Jauern in des Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Annalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiterund Bauernstudium ein halbes Jahr wochentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissedschaften und Cegenwartskunde als Vorsereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Trager dieser Arbeit ist der Freis Deutsche Cewerkschaftsbung. Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

<u>Volkskongreß.</u> Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident MUSCHAE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, daß die Westmächte den Anschluß der Ostzonenlander an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Verlassung vorgeschlagen nätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propa-giert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete terner einen ippell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberufung des amerik. Stautkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegstall provozieren wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Protessor KASTNER erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongredwahl seien Ausdruck der Empörung dariber, das Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Beutschen Bemokratischen Republikmangenommen. Der Volkskongred wählte terner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konierenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation betindet sich auch der Kürzlich verhattete Vorsitzende der westdeutschen Rommunisten Reimann.

Der Kongred beschlod denn eine Denkschrift, die dem Außenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgelordert, einen Friedensvertrag für Beutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in verwaltung und Wirtschaft soll nergestellt und eine einheitliche Währung eingetührt werden. Alle Wirtschaftlichen und Verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufgehoben werden. Der Außenministerrat soll terner die Bildung einer vorläufiten deutschen Zentralferierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisetionen examerumem genehmigen und eine rriedenskonierenz einneruien, an der auch eine vorlaufise deutsone demokratische Regierung teilnehmen soll. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Rückzug, Major PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Wiel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die tactischen dittel zur Errichtung der Weltrevolution wirden gewechselt. Zur polschewistischen Taktik gehöre auch menchmel der organisierte Lückzug. Die Bolschewisten griffen auf diese "aktik in Reiten des "iederganges der revolutionären Möglichkei-ten zurück. "Wach diesem gleichen hezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, um die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Gerensätze zu Gunster der Beltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenolicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern akti-1112em. Zi.. v. 1. Juni 1449

Die volkseigenen Metallwerke Tamoach bei Gotha haben die erste Maschiene zur Verglasung von Cliptanpensockeln fertiggestellt. Die sogen. Clasvitrierung der Cliphanpensockel zurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom I. Mal an sollen in den Tambacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt worden. Der Bau weiterer Maschinen Virtschaftsrev. vom 27. Mai 1949 Approved For Release 2002/01/04: CIA-REP 200415R003100100005-0

311:145

No. 144

Auszifie aus Francoerichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pore zum Westen wieder geöffnet, dit der Spinnstoffwirtschaft Berlins vereindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem have, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidun sindustrie hat durch Krieg und Blokkade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Arieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidun/swirtschaft. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Haubtstadt umfalte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Perrenoderoekleidung, die Wasche-, Wieder- und Arawettenindustrie, die Zuteltenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Werliner Konfektion bestrikt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Fauptteil lieft im Ostsektor, Die Ostzone umfast darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen Pextilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textiliaschinenindustrie. In Bestdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfringe die Industrie der feinen Damenstrumnie Che mitzer Art, eine ausreichende Asamgarniodustrie, fust lie Festante Fabrikation von Stolfhandschuhen und die Stiekerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogsland beheimstet ist. Die Gestzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoleaer Mirk-und Strickwaren und an Greiz-Geraer Tuch- und Aleiderstoffen. Umgekehtt hat der Osten eine unzureiche de hunstseidenindastrie, vor allem fast keine Kupferkunstseide, -ine im Cegensatz zur Almogarnspindelausriistung viel zu geringfligige Täscherei- und Aämmereikapazitat, eine bescheidene Seidenwebereilindusprie, einen Mangel ag Meinen- und Haloleinen-Besercien, einen empfindlichen an Stoffdruckereich und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genüben jedoch, um die storenden, benn nicht verhängnisvollen girkun en die es Zonenkirrwarrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Bangel und Überfluß oder guter Ausstattung zuläßt.

Allgem. Atr. vom 27. dan 1949

Binnen 2 Fonsten sollen auf Anordnung der DMK alle industriellen Erzeugnisse der 632 so gekennzeichnet werden, daß der Hersteller einwandfrei Testgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Girmendurzoezeichnung, ein eingetragenes Marenzeichen oder eine eingetragene Mandelsnummer enthält. Die Gerkunft von Varon aus volkseigenen Betrieben muß aus der Aennzeichnung herversehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorbandenen Jarenbestande können auch nach der Frist ohne Gennzeichen in den Vorkehr gebracht werden. Beiner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Lechnungen, Besleitpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der brazeugnisse gemeß dem Illgemeinen Warenverzeichnis anzugeben. Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Dis volkseitenen Chemischen, er ein Bad Doberan (Merklogs) sind die einzige forik in Beutschland, die aus Robakabfälten chemisch reines Vikotia hersveilt. Der Betrieb hat das Nikotia, das Goerwiegend zur Behadlingsbekämpfung im mein- und Obstbau dient, in alle Länder der Valt versandt. Heute können Auslandsauftrage nur ausberührt werden, wenn die notwendigen Hohstoffe, Pubakstaub oder Gabakabfäll, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberan gewonnene Rikotin Aird in der 832 nur noch in arzheimittelfabrikation verwandt. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Fabakstaub verarbeitet, die je auch art des Tabaks 30 bis 50 kg 96 diese Mikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Wai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stad der Luftwaffe Walter LEIWESS-LITZMANN die Offiziere der Achrmacht auf, aus dem politischen Bintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Becht vor, mit ihrer beiehlagemäß unpolitischen Baltung ein bequemes Werkzeuf pewisser politischer Kräfte Bewesen zu sein und deren Macht estarkt zu haben. "Man kann und jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."
Rhein. Merkur vom 28. Mai 1949

16 / 1/2 25X1A

No. 25

Pressedericht aus den Westzonen

Oberbehorde. Westdeutsche Folibiker unter Führung von Dr. Auenauer planen eine sogenannte kleine bundedregierung zu errichten, die als "Opercehorde" von den eigentlichen Rimisterien getrennt werden soll. Diese Operbehorde, die etwes ganz neues in der Geschichte des modernen Staatswesens auf der genzen welt ware, könnte unabhängig von den ministerien auch in einer enderen Steat arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialaroeiten ertedigen. Die speziellen Aroeiten der Ministerien wirden niervon nicht berührt. Die jegzigen zwei-sonen-Behoruen hätten keinesfalls als Wasserkopt zu gelten. Trotzdem misse man erwägen, ob nicht in den kientrigen Bundesministerien auf Lange sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollke, da ja die zwei-Zonen-Behorden nur provisorisch geschallen worden selen. Ende Juni trete der mirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen. Der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum Wahltag Tür den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Hallte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesresierung zu rechnen.

All sem. 7tg. vor 31. Vai 1949

Pechnische Messe. Die Technische Pesse Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käuschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Geylon mit groschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Geylon mit groschinen über 60 v.H. auf Krattfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Hinsichtlich der Erzeuperländer steht Württemberg-Baden bei den Export-Die Welt vom 31. Mai 1949

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonrerenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Fertreter der DVK hatten den westdeutschen Vorschlag, der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteitung der Ließerungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungsprlicht und "übrige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Ferwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge und Testmark ebenfalls ebgelehnt.
Süddt. Ztf. vom 31. Fai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Dit der Ernennung von Dr. von MANCOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Biros in Paris ist faktisch die erste deutsche Bachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Dr. Pünder dazu erklärte, here man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Biro arbeitete, mit der Leitung der deutschen lanlegenheit am Sitz der europäischen farshallolan-Cryanisation betraut, sche Bände foergegengen sei. Künstig wird an bei Bedarf Sachverstängen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meisten Stiemen erbalten, und zwar von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 500. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das "Ehlergebnis macht deutlich, das die Deutsche Partei die Wähler der Lechtspertei angezogen hat.

25X1A

31/5/40

No. 24

Presseocrichte aus den Westzonen

Engenigende Versorgung. Der Verbend der Körperbeschadigten, Sozialrentner und Pinterpliedenen für das Land Hessen veranstaltate eine
Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der
Behandlung der in Vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik
und wandte sich um Bilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage,
wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung
preisgegeben wirden durch ein Körperbeschädigten-heistungsgesetz, das
jeder sozialen Gerechtigmeit Bohn soreche. Für das Gesetz mechte er
die Lethargie der Allierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewußt einzusetzen, verantwortlich. Bis
zur Schaffung eines neuch Resetzes verlangte der Hedner Anpassung der
Benten an das veränderte Preis- und hohngefüge. Der Bundesregierung
bliebe es num überlassen, umgehend ein neues Versorgungsrecht zu
schaffen. Arbeitsminister ARNDOEN warnte anschließeni vor einem weitoren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Büchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschäligten zu einer radikalen Politik greifen
könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Dautsche Thion. Der Vorstand der Dautschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Dautschland" Stellung genommen und die Durchführung freier
und geheimer Vahlen sowie die Zulmsaung aller demokratischen Parteien
in ganz Dautschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der
Volksrat der Ostzone erfällen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das wader von einem Weststaat noch von der Östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.
Sildt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste regen Max Reimerns Verbaftung. Der KPD-Parteivorstand ernob schaffsten Protest gegen die Verbaftung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Einkerkerung R. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da Ger Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

Senkung des Diskontsatzes um 0.5 v.K. Der Zentrelbankrat der Bank Deutscher hander deschlot, die Diskontsatze mit birkung vom 27. kai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren hockerung auf den Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den handeszentralbanken im unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bantplätzen von 15 v.H. auf 2 v.H. auf pnd für Geldmen sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1943 in Kraft.

Auf einer Großkundgebung der GDU in Stuttgart hat eich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Reparationslisten absesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesantwertes dar. Dine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich; wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt wirde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden parantieren solle und in Tordrhein-westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrens-Spionage übelgter Sorte zu entwickeln. Die neue undesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspingen. 2tz. v. 30. wai 1949

Der Landesvorsitzende der württembereisch-badischen DVP, Dr. HAUSSMANN, forderte die alsoaldige Selestauflöhung und Neuwahl des Landbages. Dieser es sei einer uflöhung durch Volksbegehren und Volksbestimmung vorzuziehen. Der gegen wärtige unklare Zustand sei des Landbages unwürschen und würde auch von einzelnen Beanten-Abgeordneten so enplunden und bezeichnet. Dr. Beinhold MATER hatte zur Trage der weiteren aktiven politischen gitwirkeren hatte zur Trage der weiteren aktiven tagsauflöhung als itopie gezeichten kührend handtagspräsident Vilnelm kunt in Frage stellt.

Ausziige aus RandJunkberichten

Sender Stuttgart von 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der selehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er außerte sich optimistisch über eine caldige Beendigung des Eisenbehnerstreiks. Wie die UCO mitteilte, werden die streukenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angerot der Heichsbahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark auszuzehlen. Die ursprüngliche Absicht der UCO, den Jaterronenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Cang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuß für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschud hat seine arbeit bereits aufgenommen. Wohnungsinheber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsentor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen. Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des kongresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte hätted eine Reihe von Fehlern togangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland gro-Be Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden gehug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnezifizierung sei aber nicht nur Talsen, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei. In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem Jer Hil Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jedem Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlagern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsogialistischer Ideen und die Veröffentlichung von Bruckmitteln untersagt, die Peindseligkeiten und Mistrauen hervorrusen oder die militärische Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können. Franz BLUECHER hat an Dr. Funder ein Telegramm gesandt, in den ex ihn dittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Pa. Scholven, die beide Pabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Stidwirttemberg-Fohenzollern ist des Notopfer Berlin aufgehoben worden. Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die rachsten Beratungen geheim zu Schren. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tagungen ohne Teilmahme der Offentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Man beschloß daner, zum zweiten Funkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wahrungsfrage, überzugehen. Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Makis mum ware, das erreicht werien körne.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet nat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefordert. Damit hat sich der Tagesdurchschnist um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Kechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitsehuldig macht? Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrneit

1/1/2/25

No. 24

Auszüge aus madiunkserichten

Sender Scuttgert vom 31. Bai 1949

Wyschinski hat heute die Voroenlage der Westmüchte für die solitische und wirtschaftliche Zukunit neutschlands erneut abselehat. Er negte das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, dal in Deutschland eine lange Besatzung verblaite. Weiter erklärte er, die Sinheit Dellechlands könde nicht nach dem Juster des Grundgesetzes hermestellt werden. Er verlangte fornor, daß eine Delamation des sogenannten Volkerats ihre Absichten Geer Deutschland vorbringen könne. Diese Porderung wards von den drei Westmachten energisch zurückgewiesen. Achteon erklärte, er glaube auf meiden Pall da3 die 2000 Delegierten des ceutschen Volkskongresses in ingend einer Weise das deutsche Volk ober aleh hur die Bevölkerum der Ostzone repräsentiarten. Der Volkskongred sei eine russische Carionetten-Organisation", die nicht wape, ir end etwas zu sagen, wes nicht von der SU vorher genehmigt sei. Die sowjetisch kontrollierte Asichsbahndirektion Berlin hat sages ordnet, daß vom 1. Juni en Farskerten für die Westberliner Sebena-strecken nur gegen Gestmerk verkeaft werden. Kreikemeyer hat die Ver-handlungen mit Oberbürgermeister Geuter Goer den Etreik abgesagt. Das Vermittlungsangerot Haufalms al schon deshalb gegenstandelos, weil die Eisenbahadirektion gehrfmen verweblich den Jerliner Registrat ersucht habe, den in det vestmentoren Berlins wohne men Sisen-bahnern 60 % der Lohnsahlu zen in mestmark umzutauschen. Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der Frage der Zuschörigkeit von Beamten zum Perlament. Präsident KEIh teilte mit, das für des Land Arttemberg-Beden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden misse. Dr. 1479HEB gab eine hegierungserklärung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolge worden sich die Beanten-Abgeordneten lediglich aus Gründen der disziolin zu entscheiden heben, ob sie ihr Amt oder ihr Abreggineben-wendat beibehalten wollten. Für diese Entscheidung misse innen eine andensene Zeit gelassen warden. Daher könne ein automatisches Erlisthen der Mitgliedschaft eines deamten nicht bejaht welden. Binzu komme, daß der umstrittene Artikel des Landesbeamten esoszes nit der Leadesverfassung nicht vereinbar sei und im Widerspruch zu anderen Vertassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Ingenministerhume für des neue Landes-Wahlesetz seme eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Bekated vor. Die Regielang wol-le eber mit der Regelung der Angelepenheit warten, die der genane Inhalt des Sundeswahlgesonnes lestatehe. Der Spracher der GDT, Wig-DESTINE, saste, das ein Cosetz die Frage regeln misse. Die I'D lehn-te dulch Leibbrehd die her. Er darung ab. Dr. KESSLER, DVP, seconte, das mit der Regierungserklärung mie Frage noch nicht gelöst verne. Die wil. Touv. der amerikanischen und der britischen Zone och prachen neute mit den kin Präs. der Doublische die allijerten Abänderungs-wünsche zum Tahlgesetz. Wie Bin. Jah. AOPF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klargestellt, des die Ein.Präs. leuglich für die Postsetzung des Einstendas, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines vehlkomissins zuständig sind. bine Abande-rung des Wahlgeseizes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zanl der ingeordneten und die Verteilung der landidaten auf die einzelnen hander gefordert wird, ist eine angelagenheit des Parl, Hates. STOCK erklarte, die Min. ras. wurden sich voraussichtlich nicht mit der von den Alliierten sewänsch en Enderung der Sestimmung Geer Wahlscheine einverstanden erkläsen. Die Gouverneure hätten gefordert, die lusgabe der Bahlscheine nur auf Angebrige der Beniffahrt zu desearen ken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsetz der behlnetzillen anbeldet. ahlbeteiligung erhablich herapsetzen, da dann nicht nursahlreibne Ceschoftsleute von der Want ausreschlossen wären, sondern auch viele Urlaubareisende, dia gerude im Hoomscamer besonders zahlreich seien. Im übriger sei es wegen der Briegtionkeit gut, oad die Min. Pras. nich über Abanderungen am Wahlmasetz zu neschließen hatten. Die Taussons, da3 11 Leadinge sich dann erst ein ehend mit der gaterie befassen millten, wirds die Wahl zum 1. Bandearen um donnte verzögenn.

31/5/4-925X1A

No. 23

Auszijge aus Rundrumkberichten The state of the s

Die Außenzin, werden voraussichtlich Myschinski heute auffordern,

Sender Stuttgert vom 27. dai 1949

seine Pläne für ein einheltlickes Deutschland genau zu definieren. W. oestand auch gestern auf sied worrichtung des Kontrollwates. Im Verlauf der Sitzung entwarf eine a Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.a., del d'r le ensatandard in der Ostzone sesser sei als der in der Westzone. Eine Darlegungen wurden jedoch von der Westmächten mit Skepsie aufge ommen. - Bisher haden die Gesangchte die sowjetischen Porcerungen den nicht eindeutig abgelehre. Sie lie-Ben jedoch durcholicken, das den sie einige Bedindungen abellen wer-Der Güterverkehr zwischen den Westzonen und Berlin ist eingestallt worden. 35 Züge liegen auf de: Strecke fest. Seit Dienstag sins nur 7 Züge in Berlin eingetroßen Anlaglich der Mitgliederverse mlung der Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Tandelskammer gab Dr. PUBEDEP einen kechenschaftsbericht über die Ale westdeutsche Wirkschaftsbolitik. Unter Bezugnahme auf die steigende Kohlenförderung erklände er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eins minnvole Zusemmenfassung aller möglichen Finanzierungsquellen hoffe man, im Laufe des Etatsjahrs 29/50 für Investitionszwecke 7.5 Mrd. DM flüssig machen zu können. - Auch die demnächst von der Krecktassmit für Wiederaufbau herauskomende steuerbeginstigte Anleiho verne darital für die wichtigsten Investitionsverhaben, wie Tokrungsban, Bergbau, Energiewirtschaft nameln, wobei die verschiedenen Bear straaer nach der Dringlichkeit der kontalinvestitionsvorhaben bericksichtigt würden. - Zur Frage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Bachholbedarfes erklerte Dr. Finder, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Erborn behan auf nie Dauer eine Absatzkrise verhiedern. Der inteil der konsioffs am westdeutschen Experi sei noch inner zu hoch. Leider gingen int 22,5 % der gesamten westdeutschen Kohle ins Ausland, wo die ohle under Weltmarktoreis verkauft werden musse. Diese Patsache stess of her Alsweitung der Produktion, dem Augbau der Industrieanlagen und einem Tohnungsbau in größezem Etil im

August HAUSSLEITER fordert freie und scheine Wahlen in allen deutschen Landern unter Kontrolle des UN Ersenzt sich für die wiederherstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charte müssen für die genze Konschheit, melten; sie für einzelne Völker ander Kraft zu setzen, pefährdet die Banckratie Des Schicksel der deutschen Oder Batte Grander der Grander Meile-Crenze mul von seihen ehematigen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voraussatzung für die demokratische Weiterentwickling in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. (61 1/4)

Die Besomechungen zwischen Vertrouern des Erkfit. Wirtschaftsmates und der DWK zwecks Wiedersufnahme der Interzonenhandels sind auf undostimmte Zeit vertagt worden, de ha den Frankfurtern an Unserlagen fehl-te. Die ostzonalen Vertreter haben sich bereit erklärt, die 368920-Changen jederzeit wieder sufzuschung.
Die Landesversemmlung der CNU in Greausing hat neute an Stelle von Justizmin. Dr. Miller sit 316 324 153 Stimmen den Gin Stes elf SHARD zum Lendesversitzene Et m. 314 35 Stimmen den Gin Stes elf großes persönliches Opfer, wenn er des Ant des Hin. Pras. mit den des Landesvorsitzenden verbince. Des Sien könne nur in einer Stellen in den Partei und ihrer Maltung els politisches Instrument liegen. Die jufge-oe sei unlösber, wenn nicht endlich mit dem persialiehen Gegene gender in der Pertei aufrehort sene, kine Richtschaur in der Policie sei and bleine: Nicht Bayern too Joutschland; sondern Bayern in New Achland und Deutschland night chur Suyern. Das neue Soforthilfegesetz roll sonald wie möglich in Araft treten. Kan hofft, dafür keinen groven Verweltungsapparat zu benötigen. Lie Soforthilfe ist in erster binde für Alüchtlinge, Motleidende und Walt-

6/6/49

RET

No. 26

Presseserichte aus den gestzonen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat ein neues Siebzenn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen Tolgende Thesen enthält: Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfahigkeit unmöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Millionen Bollar jahrlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind. Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Geschichte bewiesen habe, das alle Versuche, die mirtschaft durch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müsten. Erhard warf den Aritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Mein Mensch könne erwarten, das nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei ois vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten. Verschiedene Krisensymotone der gegenwärti en Lage könnten, so schwerwierend sie im einzelnen auch seien, durchäus als positiv für dig kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Areditmangel durchaus ein Zeichen der konsolidierung, denn er zeige, das defühl für echtes und gesundes Celd wieder im Wechsen und das dieses Geld auch tatsächlich gut sei. Tig fiele mir nicht schwer in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Straße zu oringen. Noer der Preis dafür wären neue inflationistische Tendonzen. Damit würde wiederum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise wirden anziehen und das Realeinkommen sinken". Erhard lebnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen berlodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht zilliarden Wark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbehnanleihe. Allgem. 2tg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Mathy und Meleng wurden mit solortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der MDJ und des MDCB an der Cründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Meue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Ceschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine Wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Flieger- und Fährungsgeschädigten, Ausgewiesenen und Flüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pralz aufgenommen. SAZ vom 31. Mai 1949 Se 2002

31/5/49

No. 105

Auszige aus mundfunkberichten

sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Tepen die Terrormaßnahmen der UGO wird in Protestkundgeoungen Stellung genormen. So sandten die Elsenbahner von Leipzig, zwikkau, presden usw. relegramme, in denen sie ihrer Emporung ausdruck geben, daß das Volksbigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Satzung wurde Aach vierstündiger Dauer beendet. Den Vorsitz führte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl, und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gewacht hatte. Korrespondenten einiger Berliner Weitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Ausenministerkonferenz noch keine Gunort erhalten. Es hat den Anschein, als ob die Französische Regierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dedurch der Pflicht enthöden zu sein, die Ab-lehnung begründen zu müssen. In greisen der Journalisten wird die Ausfassung vertreten, das einige fachte nicht an einer objektiven serichterstattung interessiert sind. Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschlage Myschinskis haben klar erkennen lassen, das die SU bereit sei, alles zu tun, um die Binheit Geutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle fetallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Gesetz ihres Mandelns zu machen. Wyschinski habe in seinen Forderungen über die Wiederherstellung des Viermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Senjer leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongred wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Gestdeutschland. Zum Theme Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Nuschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tagesorung steht ferner die Mahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlands Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgade des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatmungstrüppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland is .-In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Tägliche kundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die 3U ist, die Disher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das wort Einheit Beutschlands ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Ihre Gegenargumente wären so dürftig, das sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der 3U bestätigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, den sie entsprächen seinen Interessen.

Die KPD von Sheinland-Pfalz sandte an den Volkskoagres eine Erklärung,

in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Tront sowie für Deutschlands Einheit und Frieden Dekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands nergegeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsehnung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzip vom 29, mai 1949

Houte wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um das Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationa" Front" müsse auch auf Westdeutsch-

2149

SECRET

No. 146

Auszilge als Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Dritten Volkskongred der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus einer Präambel und drei Absonnitten mit insgesemt 144 Artikeln. Die Verfassung besegt, das bestschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Berlin. Ihre Parben sind Behwerz-Lot-Gold.
Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dert zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen ingelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Stattsgewalt hat ihr hochstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Exekutive und Bechtsprechung. Der Volkskammer zur Beite steht die Län-derkammer. Beide hammern wählen geneinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Praktion der Volkskammer. Der Prabident ist zugleich hegierungschef und amtiert vier Jahre. In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Wateisnung von Kriegsverbrechern und astionalsozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Martellen, die Bozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verenkert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Manlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Binrichtungen und Organisationen, Mordhetze reger demokratische Rolitiker und driegshebze oder militaristische Propaganda betreiben. Im übrigen werden in der Verfassung die persönliche Preiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Seinungsbußerung gerintiert. Alberdings wird darauf hingewiesen, das alle diese kechte durch die geltenden Cesetze eingeschränkt werden können. Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Belegrann gesichtet, in dem um Bekanntgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongreädelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungtmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationsmitslieder gebeten. Zu der Volksratssitzung in der Berliner Stattsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Beutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorerst keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich zie-hen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klarung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden breebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten. Allgen. Ztg. von 1. Juni 1949

Cstzonen-IDP. "Die IDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der dei der Stimmenauswertung der Volkskongreßwahlen lestgestellten Unrerelmäßiskeiten und die Stratverrolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-IDP. Nach einerfähreren Besprechung verantwortlicher Parteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fregen erklärte der sächsische Justiz. Ein. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Partei stellte daraufhin Test, es habe keinen Zweck, die Blocksolitik fortzusetzen, und schlug eine Auflösung der LDP vor.
Die Neue Ztg. vom 31. Wai 1949

Crobberliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Crob-Berliner Engistrats, Mertin SCHMIDT, erklarte anläblich seiner imtsübernahme, das die Eingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit müsse Febrochen werden. Er kündigte an, das der "bschluß für das Baushaltsjahr 1948/49 bis spätestens zum 31. Juschuß aufweisen werde.

Neues Deutschland vom 15. Sail 1949

CECRET

16/49

No. 145

Auszüge aus Presseberichten *20212022222222222222222222222

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen irbeiter und Bauern in des Universitätsstüdium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allen in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerder für das Arbeiterund Bauernstudium ein halbes Jahr wochentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorsereitung auf das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Trager dieser kroeit ist der Prene Deutsche Gewerkschaftsbung. Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

<u>Volkskongreß.</u> Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratspräsident NUSCRAE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, da3 die Westmächte den Anschluß der Ostzonenlander an die Bundesrepublik Deutschland unter der Bonner Vertassung vorgeschlagen hätten. Die Nationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propa-giert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmehr die Zusammentassung aller verantwortlienen Deutschen. Nuschke richtete terner einen spoels an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberurung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegsfall provozieren wollen, der nur burch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Professor KASTNUR erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch heine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskongredwahl seien Ausdruck der Empörung dariber, daß Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Seutschen Bemokratischen Renuslik"angenommen. Der Volkskongres wählte terner eine 22-konfige Delegation, die nach Paris zur Konterenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Eitgliedern der Delegation berindet sich auch der kürzlich verhattete Vorsitzende der westdeutschen Rosmunisten Reimann.

Der Kongred beschlod dann eine Denkschrift, die dem Audenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin aufgetordert, einen Friedensvertrag tür Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdem zu entwerfen. Die Einheit gaaz Deutschlands in verwaltung und Wirtschaft boll nergestellt und eine einheitliche Währung eingeführt werden. Alls wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufrehopen werden. Der Außenministerrat soll terner die Bildung einer vorläutiven deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisetionen ginggrungs genehmigen und eine rriedenskonierenz einneruzen, an der auch eine vortautige deutsone demokravische Regierung teilnehmen soll. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1349

Taktischer Riickzup. Majo: PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische wiel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen dittel zur Errichtung der Weltrevolution wirden gewechselt. Zur polschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisiert: Elickzug. Die Bolschewisten griffen auf diese laktik in Zeiten des lederganges der revolutionären Möglichkeiten zurück, "Mach diesem gleichen hezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, un die in der deutschen Bourgeoisie herrschen-den Gerensätze zu Tunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenolicks ist von ausschlaggebender Bedeutung. Deshelb missen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlege, sondern akti-1110cm. Zi., v. 1. Juni 1349

Die volkseigenen Metallwerke Tampach bei Gotha haben die erste Maschiene zur Verglasung von Glüblampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Glasvitrierung der Glüblampensockel aurde bisher nur in Westdeutsche land betrieben. Vom 1. Mal an sollen in den Tampacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen wird vorbereitet. Virtschaftsrev. vom 27. Mai 1949 Approved For Release 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R003100100005-0

311:149

No. 144

Auszig e aus Presseberichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pore Bum Westen wieder geöffnet. Bit der Spinnstoffwirtschaft Berlins vereindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Reag, während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blokkade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Arieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidun swirtschaft. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Eurptstedt umfaste 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu resellten sich die Herrenoperbekleidung, die Wasche-, Vieder- und Krawettenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die derliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren rund 40 % des Umsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. The Fauptteil lisgt im Ostsektor. Die Ostzehe umfast darüber hinaus wichtigste Schwerbunkte der deutschen Textilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textiliaschinenindustrie. In Mestdeutschland fehlt bis auf bescheidene Aafange die Industrie der feinen Damenstrümmie Che mitzer Art, eine aubreichende Kammmarnindustrie, fast lie Fesamte Fabrikation von Stoffnandschuhen und die Stickerei-, Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogsland beneimatet ist. Die Restzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoleaer Wirkund Strickweren und an Greiz-Germer Buch- und Aleiderstoften. Umgekehtt hat der Osten eine unzureichende hunstseidenindustric, vor allem fast keine Aupferkunstseide, dine im Cegensatz zur Almagarnspindelausriistung viel zu geringfligige Wäscherei- und Kämmereikapazität, eine bescheidene Seidenwebereifindustrie, einen Mangel an beinen- und Halpleinen-Besercien, einen empfischlichen an Stoffdruckereich und schließlich einen Vngpuß in Chanikelien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die storenden, senn nicht verhängnisvollen virsun en dieses Zonenwirrwarrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Fangel und Überfluß oder guter Ausstättung zulä3t.

Allgen. Ztg. vom 27. gal 1949

Binnen 2 Fonten sollen auf Anordnung der Das alle industriellen Erzeugnisse der 53Z so gekennzeichnet werden, daß der Versteller ein-wandfrei Testgestellt werden kann. Die Menazeichnung gilt als ein-deutig, wenn sie die dirgengurzoezeichnung, ein eingetragenes warenzeichen oder eine eingetragene Handelsnummer enthält. Die Ferkunft von Waren aus volkseigenen Betrieben muß aus der Kenazeiennung hervorgehen. Die beim Cros- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorbandenen arenbestände können auch nach der Frist ohne Tennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Ferner haben alle Herstoller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Technungen, Begleitoapieren usw. die sechestelligen Mummern der Erzeugnisse gemeß dem Illgemeinen Warenverzeichnis auzugeben. Wirtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

Die volkseirenen Chemischen erke in Bad Doberan (werklog.) sind die einzige dorik in Deutschleng, die aus Tabakaofällen chemisch reines Nikotia hersvellt. Der Betrieb hat das Nikotia, das noerwiegend zur Behadlingsbekämpfung im rein- und Costoau dient, in alle länder der Welt verwandt. Heute können Auslandsauftrage nur ausgeführt werden, wenn die notwendigen fonstoffe, Pabakstaub oder Gebekaofell, zur Verfügung gestells werden. Das in Doberan gewonnene Rikotin wird in der 832 nur noch in Arzneimittelfabrikation verwanut. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t Tabakstaub verarocitet, die je nach art des Tahala 30 bis 50 kg 96 diges Mikotin ergeben. Wirtschaftsrev. vom 27. Wai 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gea. Stab der Instwaffe Walter LEPWESS-LIPZMANN die Offiziere der Achrmacht auf, aus dem politischen Bintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer berehlagemäß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeuf gewisser politischer Krafte gewesen zu sein und deren Macht gestarkt zu haoen. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, das wir nicht national empfunden hätten." Rhein. Werkur vom 28. Mai 194 Approved For Release 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R003100100005-0

1/6/49

No. 25

Presseverichte aus den Westzonen

Oberbehorde. Westdeutsche Foliviker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine buakesrezierung zu errichten, die als *Operbehorded von den eigentlichen kinisterien getrecht werden soll. Diese Coersensrde, die eiwes ganz neues in der deschichte des modernen staatswedens auf der genzen wert ware, konnte unabhängig von den ministerien auch in einer enderen Staat aroeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten ertedigen, Die speziellen Arbeiten der Ministerien wirden hiervon nicht berührt. Die Jetzigen Gwei-Gonenseborgen hätten keinesfalls als Wasserkopt zu gelten. Frotzdem misse man erwägen, ob nicht in den kinttigen Bundesministerien auf Lange sicht nach neuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die zweizonen-Behorden nur provisorisch geschatten worden seien. Ende Juni trete der mirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen, ber 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum wahltag rur den sundestag bestimmt werden. In der zweiten Halfte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allzen. Ztg. von 31. Wai 1949

Mechnische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. Dw Exportaufträge und für 60 Will. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkäuter trat Holland für Pehrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Geylon mit großen Aufträgen für den Maschinen au. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinen au und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Einsichtlich der Erzeugerländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonrerenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Jertreber der DVK hatten den westdeutschen Vorschlag der auf eine Verrechnung in D-Mark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteitung der hiererungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungsprächt und "übrige Waren" hinauslief, dicht angenommen. Die Jerwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge und Testmark ebenfalls abgelehn:
Süddt. Ztg. vom 31. Pai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Br. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschem ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Machkriege-Auslandsvertretung geschaffen worden. Die Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Br. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Bitz der europäischen Angehalblan-Organisation betraut, nechdem die Losung der deutschen Frobleme dort aus alliierten in deutsche Mände übergemangen sei. Kürstig wird nan bei Bedarf Bachverstangen nach Paris delegieren.

SAZ vom 1. Juni 1949

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Vahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die Beisten Stimmen erhalten, und zwer von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das "Ehlergebnis macht deutlich, das die Deutsche Partei die Wähler der Wechtspertei angezogen hat.

Grundgesetz. Dt. ketholische Bischöfe üben scharfe Kritik am Crundgesetz. Sie erkennen hierin an, del zwar einer Heihe von Binzelforderungen in vielfacher Einsicht entsprochen wurde, es bielbe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkennt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Erwänzung bedart. Wir werden den membt um Tewissenstönlöchsich und volles Elternrechtappische Enternachten 28. Mai 1949

31/5/40

No. 24

Presseocrichte sus den Westzonen

Ungenitzende Versorwing. Der Verbend der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Finterbliebenen für das Land Hessen veranstalbete eine
Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der
Behändlung der in Vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik
und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage,
wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung
preisgegeben wirden durch ein Abroerbeschädigten-heistungsgesetz, das
jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn abreche. Für das Gesetz machte er
die Lethargie her alliferten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewust einzusetzen, verantwordlich. Bis
zur Schaffung eines neuen Tesebses verlangte der Hedner Anpessung der
Renten an das veränderte Preis- und Lohngefüge. Der Bundesregierung
schaffen. Arbeitsminister ARNDER warnte anschließend vor einem weitoren Außschub des Leistungsgesetzes, da dann die Tüchtlinge, Vertriebenen und Kriegsbeschäligten zu einer radikalen Politik greifen
könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Dürchführung freier
dad geheimer Wahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien
in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundestag noch der
Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Boßnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.
Stiddt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste segen Max Reimann: Verhaftung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfsten Protest gegen die Verhaftung R. Die KPD erolickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Dautschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Vallkampf zu behindern. Die Einkerkerung H. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei. SAZ vom 31. Mei 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länder geschlog, die Diskontsatze mit birkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren hockerung auf den Gegiet der kurzfristigen Kredite werden die Mindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Bichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldeden sogenannten Anlagekonten gelben als Bichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kusft.

Auf einer Croßkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Keparationslisten abgesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Cesamtwertes dar. Wine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Txports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt wirde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garuntieren solle und in Tordrhein-Westfalen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspringe, wehren müssen.

Der Landesvorsitzende der württestergisch-badischen DVP, Dr. HAUSSMANN, forderte die alsoaldige Selbstauflösung und Neuwahl des Landtages. Dieser es sei einer auflösung durch Volksbegehren und Volksbestimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des Landtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so emplunden und bezeichnet. Dr. Heinhold MATER hette zur Frage der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utopie bezeichnet, während Landtagspräsident Wilhelm KEIL die Applich feiteleise 2002 Windten Appeaumo415R0031601109050 Lanten über-Saz vom 31. Mai 1949

2/6/49

No. 25

Auszige ath Rundfunkberichten

Sender Stuttgart von 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der aclehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Hisensahnverwaltung zu vermitteln. Er außurte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbehmerstreiks. Wie die UCO mitteilte, mercen die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angecot der deichsbahndirektion vornehmen. sechzig Prozent der Bezüge in Vestmark auszuzehlen. Die ursprüngliche Absicht der UCO, den Intersonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in dang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militarregierungen haben einen besonderen Ausschuß für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Acntrollausschu3 hat seine troeit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzohe wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen. Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärse auf der Schlußsitzung des kongresses für bessere menschliche Beziehungen in Minchen, die Besatzun snächts hätter eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland gro-Be Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entachieden genug entgegen getreten asien. Die als Sühne dem deutsches Volk auferlegte Methode der Entrezifizierung sei aber nicht nur falsen, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei. In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der emerikanischen Zone das Lizenzierungssystem der Wil. Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Sicher und Broschuren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Idean und die Verdifentlichung von Druckmitteln unbersägt, die Peindseligkeiten und mißtrauen hervorrufen oder die milktärtsche Sicherheit der Besatzungsmacht gefährden können. Franz BLUDCHER hat an Dr. Pinder ein Telegramm gesandt, in des er ihn bittet, sich dafür einzwetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die da, Scholven, die beide dabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden, Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Stidwirttemberg-Pohenzollern ast des Notopfer Berlin aufgehoben worden. Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nachsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, meitere Tagungen ohne Teilnahme der Offentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Nyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlends auschließen. Man beschloß dener, zum zweiten Funkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wah-Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des waximum ware, das erreicht werden könns.

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hats ich der Tagesdurchschnittlich 35 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur Mechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht: Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrneit mundtot gemacht wirde.

Muly

No. 24

Auszüge et mundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 31. Fai 1949

Wyschinski hat heute die Vorschläge der Westmüchte für die politische und wirtschaftliche Rukunit peutschlands erneut abgelehat. Er segte, das Besatzungsstatut sei zeitlich nicht befristet. In dem Skatut sei vorgeschen, das in Deutschland kine langel Besatzung verblaite. Weiter erklärte er, die Sinheit Dedechlands konne nicht nach dem guster des Grundgesetzes hergestellt wirden. Er verlangte ferner, daß eine Belegation des sogenennter Volkerats ihre ansichten Uder Beutschland vorbringen könne. Diese Porderung Warde von den drei Westmachten energisch zurückgewieser. Schuspp erglärte, er glause auf zeinen Fall, das die 2000 Delegierten das ventschen Volkszongresses in ligend einer Weise das deutsche Volt oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentiarten. Der Volkskederel sei eine russische "Larionetten-Organisation", die nicht wepe, ir end etwas zu saged, was nicht von der SU vorher gehelmigt meis Die sowjetisch kontrollierte Scichsbahadirektion Berlin hat angeordnet, des vom 1. Juni en Frankerten für die Gestberline. S-Behn-strecken nur gegen Gestmerk Ferkauft werden. Kreikeneyer hat die Ver-handlungen mit Oberbürgermeister Genter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot hauters sai schon deshaib gegenstandelos, weil die Bisenoshadirektion gehrfach vergeblich den Barliner Bagistrat ersucht habe, den in det vestaektoren Berlins wohnenden bisen-bahnern 60 % der Johnzahlu gen in Gostmark unzutauschen. Der württemberg-badische Landtag beschäftigte sich mit der grage der Zugehörigkeit von Beanten zum Perlament. Präsident KEIh teilte mit dad für des Land Wirttembers-Haden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden misse. Dr. ENERDE gab eine begierungserklänung ab, in der es heißt, den Gesetzen zufolgs würden sich die Beanten-Angeordneten lediglich aus Gründen der Disziolin zu entscheiden haben, on sie ihr Amt oder ihr Abreogdneten wendet beibehalten wollten. Fir diese Entscheidung müsse ihnen eige an emgssend Zeit gelassen werden. Daber könne ein automabisches Trischen der Mitgliedschaft eines Beamten dicht bejaht werden. Dinzu komme, des der umstrittene Artikel des Landesbeamten esetzte mit der Landesverlassung nicht verbinbur sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Ingenminieteriums für des neue Landes-Wahlvesetz sene eine Beschränkung der Wählearksiv der Jeanten vor. Die Regiesung wolle soer mit der Regelung der Angelepenheit warten, bis der gemale Inhelt des Jundeswehlgesetzes Testatehe. Der Sprecher der GDU, Wie-DESTINA, sarte, ded ein Genetz die regel regeln minae. Die APD lehn-Describe, same, as ein sepete die Frage regein musse. Die Arb Lennte durch Leibbrand die Reg. Frinding ab. Dr. KESSLER, DVP, setonte, des mit der Regierungserwarmig die Frage noch nicht gelöst verde. Die wil. Tour. der amerikanischer und der britischen Zune besprachen neute mit den Fin. Präs. der Doppelzone die allierten Abänderungswurde in der Unterredung klorenskallt des die Min Präs. leibtlich wurde in der Unberredung klerseskellt, das die Win. Präs. lediglich für die Estetzung des Wahltermas, die Einberufung des Bundeskages und die Bestellung eines behlkormissars zuständig sind, bine Abenderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zanlder logeordneten und die Verteitung der kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine angelsgenheit des Parl, Håtes, empere erkläste die die einzelnen einzelnen erkläste die die einzelnen erkläste die die einzelnen einzelnen erkläste die einzelnen einzelnen erkläste die mender gefordert wird, ist eine angelegenneit des Pari, naves. Smock erklärte, die Min. Täs. würden sich voraussichtlich dicht mit der von den Alliierten sewinschlich Enderung der Bestimmung über Wehlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneure bätten gefordert, die Ausgabe der Bahlscheine nur auf Angebörige der Boniffahrt zu beschrän ken. Die Verwirklichung disser Bestimmung würde den Prozentsetz der Behlscheinig der Bestimmung würde den Prozentsetz der Behlscheinig der Bestimmung würde den Prozentsetz der ahlbeteiligung erheblich berebeetzen, da dann nicht nur sahlreiche Ceschafteleute von der wahl ausveschlossen waren, sondern auch viete Wrlaubereisende, die gerude im Mochecumer besondere zahlreich seieug im Borigen sei es wagen der Bringlichkeit gut, und die win. Dras. mich inhan Abenderungen em Buhlossetz zu geschlieden hatten, die Weisenber über Abanderungen am Wahlgesstz zu beschließen hatten. wie Tausauhe, da3 11 Landtage eich Gann erst ein ebend mit der gaterie befassen müßten, würde die Wahl zum 1. Bindesmeg um fonate verzögein.

RET

31/5/49

No. 23

Auszige aus Roudfunkberichten

Sender Stuttgert vom 27, Sai 1949

Die Außenmin, werden voraussichtlich Wyschinski beute auffordern, seine Plane für ein einheitlichen Deutschland genau zu derfaleren. W. destand auch gestern auf wiedererrichtung des Kontrollrates. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone. Er sagte u.s., dal der medensstandard in der Ostzone besser sei als der in der Westzone. Beine Darlegungen wurden jedoch von des Westmüchten mit Skepsis aufgehommen. - Bisher haben die westmachte die sowjetischen Porderungen wone wicht eindentig abgelehnt, Sie lie-Ben jedoch durcholicken, das wah sie einige Bedin ungen stallen ver-Der Güterverkehr zwischen den Westschen und Berlin ist eingeställt worden 35 Züge liegen auf der Strecke fest. Seit Dienstag sind nur 7 Züge in Berlin einzetroffen, Anlaslich der Mitgliederversammlung der Deutsch-Belgisch-Beremourgischen Mandelskammer gab Dr. PHENDER einen Rechenschaftspericht Hoer die die wastdeutsche Wirtschaltspolitik. Unter Bezugnahme auf tie steigende Kohlenförderung Grklägte er, bei Erreichen von 360 000 t tägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelöckert oder aufgehoben werden. - Durch eine sinnvole Zusammenfassung Eller möglichen Finanzierungsquellen holle men, im haufo des Etatsjahrs 69/50 für Investitionszwecke 7.5 Erd. DM Flüssig machen zu können. - Auch dem Generalischen der General die demnächst von der Krechtanstalt für Wiederaufbau herauskommends stauerbegünstigte Anleihe werde Kapital für die wichtigsten Investisteueroszunstigte intelne werne maritatiur die wichtingsten in resti-tionsvorhaben, wie Wohnungsbar; Bergbau; Energiewirtschaft sammeln; wobei die verschiedenen Bedarfsträher nich der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben perficksichtigt wirden. - Zur Frags des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Beiliedigung des Wachholbedarfes erklärke Dr. Pünder, nur eine außerordentliche steinstung der deutschen Encolte könne auf die Dader eine Assauzerise verhindern. Der inteil der honstoffe am westeutschen Expert sei noch immer zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westeutschen Kohle ins Ausland, wo die John Gluntschen Geltmarktoreis verkauft werden.

müsse. Diese Tatsache steht conclusiveitung der Pronuktion, dem Ausban der Industrieanlagen und einem Tohnungsbau in größerem Etil im Wege.

August HAUSSLETTER fordert freie und geheime Wahlen in allen dentschen Ländern unter Kontrolls der UN. Erseuzt sich für die Wiederherstellung der Trenzen von 1937 ein. Die Trunusätze der Atlantik-Charta müssen für die genze Monschneit gelten; sie für einzelne Völker ander Kraft zu setzen, gefährdet die Demokratie Des Schicksal der deutschen Oder-Weiße-Trenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Voreumsetzung für die demokratische Weitersentwicklung in Buropa.

Sender Stuttgart vom 28. Wei 1947

Die Besprechungen zwischen Verkratern des Frkit. Wirtschaftsraten und der DWK zwecks Viederaufachne der laterzonenhandels sind auf uhnnstimmte Zeit vertagt worden, da is den Frankfurtern an Underlagen fellste. Die ostzonalen Vertreber haben sich bereit erklärt, die Besprachunzen jederzeit wieder endzulennen.
Die Landesversammlung der CBU in Brauding hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Miller sit BBG genan 151 Stimmen den einsprässelle von EMARD zum Landesvorsitzenden des windt. EMARD segte, er brings elle großes persönliches Opfer, wend er des Amt des Ain. Präss mit den des Landesvorsitzenden verbinge. Dar Kien könne nur in einer Staumung der Partei und ihrer Haltung eln politisches Instrument liegen. Die Aufgrein der Partei aufgehort werde. Kinne hichtschaur in der Politic sei land obeide: Nicht Bayern um Deutschland, sondern Bayern in Deutschland und Deutschland nicht ihne Feyern.
Das neue Soforthilfenesetz soll sobald wie möglich in Areit treien. Man hofft, dafür keinen grosen Franklungsepparet zu benötigen. Die zungsseschaligte vorgeschet.

6/6/49

No. 26

Pressederichte aus den Westzonen

Der dirtschaftspolitische Ausschud der Weues Wirtschaftsprogramm. ODU hat ein neues Siebzehn-Punkte-Girtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen folgende Thesen enthält: Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisamt; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfahigkeit un köglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstizungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Willionen Dollar jahrlich für die Benutzung fremder Schiffe ausgegeben worden sind. Prof. ERHARD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Jeschichte bewiesen habe, das alle Versuche, die mirtschaft aurch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen midten. Erhard warf den Aritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Mein Mensch könne erwarten, das nach einem fünfjährigen Zwangszustand in drei ois vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten. Verschiedene Krisensymptone der gegenwärtigen lage könnten, so schwerwiegend sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für dig kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige deditmangel durchaus ein Zeichen der konsolidierung, denn er zeige, das dieses Geld auch tatsächlich jut sei. **Ts fiele mir nicht schwer der Dreise dalle Arbeitslosel von der Strade zu oringen. Noer der Preis dafür wären neue inflationistische Tendonzen. Damit würde wiederum eine wirtenbeftliche Schwechung eintreten die Preise wirden derum eine wirtschaftliche Schwächung eintreten, die Preise würden anziehen und das Realeinkommen sinken". Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen periodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjährigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Milliarden Mark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden dittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch, Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnenleihe. Allgem. Ztg. v. l. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesen, Mathy und Teleng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der PDJ und des PDCB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen deschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Weue Ztg. vom 31. Mai 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in Bünchen eine Kuratoriumssitzung des "Beutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine Wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerbrüsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.
Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Die Gründung einer neuen Partel ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Plieger- und Mänrungsgeschaftigten, Ausgewiesenen und Plüchtlinge sowie alle Kriegsoeschadigsten zusammengefaßt werden sollen.

Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zeatrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pralz aufgenommen. SAZ vom 31. Bai 1949

SECRET

SECRET

31/5/49

No. 105

Ausziige aus kundlunkberichten

sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Cepen die Perrormadnahmen der UGO wird in Protestkundgebungen stellung genommen. So sendeen die Elsenbahner von Leipzig, Zwikkau, Dresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Emporung Ausdruck. geben, das das yolkseigentum autwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde nach vierstündiger Dauer beendet. Den vorsitz lührte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Einheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gemeent hatte. Korrespondenten einiger Berliner Beitungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Ausenministerkonferenz noch keine Antwort erhalten. Es nat den Anschein, als ob die Französische Megierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthosen zu sein, die Ablehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Auß fassung vertreten, das einige Mächte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind. Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonserenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschlage Wyschinskis haben klar erkennen labsen, das die SU bereit sei, alles zu tun, um die Winheit Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle «etallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Tesetz ihres Handelns zu machen. = Tyschinski habe in seinen Porderungen über die Viederherstellung des Tiermächtekontrollratas nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, wirden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen hebe.

Senjer leipzig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Volkskongreß wird morgen zu seiner ersten Tagung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus Testdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkonferenz werden u.a. Pieck, Nuschkerusw. Stellung nehmen. Auf der Tagesfordnung steht ferner die Nahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift "Deutschlanes Stimme" wird die Bildung einer gesamtdeutschen Nationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet. Ferner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Abzug der Besatzungstruppen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland is .-In zahlreichen Städten Westdeutschlands eind auf Volksversammlungen

Entschließungen angenommen worden, in denen die Riele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Täpliche kundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die SU ist, die bisher positive Vorschläge hervorgebracht hat. Die Vestmächte begnügten sich damit, das vort Einheit Deutschlands ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschlag zu machen. Thre Gegenargumente wären so dürftig, daß sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der SU bestatigten. - Prof. BUDZISLAWSKI erklärte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, Die KPD von Sheinland-Pfalz zendte en der Volkskonstellen sie entsprächen seinen lateressen.

Die KPD von Sheinland-Pfalz sandte an den Volkskongred eine Erklärung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Kationalen Tront sowie für Deutschlands Einheit und Frieden dekennen. Während sich westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands nergezeben haben, erhebt der Deutsche Volkskongreß seine Stimme zur Entsemung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzip vom 29. Mei 1949

Houte wurde der Dritte dt. Volkskongreß eröffnet. PIECK erklärte, Aufgabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um des Unglück der Spaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Nationalen Front" müsse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

2/4/49

No. 146

Auszilge and Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Gritten Volkskongred der Ostzone angenommene Verfassung der Deutschan Demokratischen Lepublik besteht aus einer Präambel und drei Abschmitten mit insgesamt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, das Jestschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen Ländern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Serlin. Thre Parben sind Schwarz-Hot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dert zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen ingelegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt hat ihr hüchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Nablen hervorzeht. Die Verfassung kennt keine Dreiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Sxekutive und hechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Län-derkammer. Beide hammern wählen gemeinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Prabident ist zueleich begierungschef und amtiert vier Jahre. In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und nationalsozialistischen Axtivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bodenschätze und die Bodenreform verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verlieren das aktive und passive Kanlrecht, wenn sie Propaganda gegen demokratische Binrichtungen und Organisationen, Mordhetze regen demokratische Rolitiker und Briegshevze oder militaristische Propaganda betreiben. Im Woriken werden in der Verfassung die persönliche Greiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsaußerung gerintiert. Alberdings wird darauf hingewiesen, das alle diese kechte durch die geltenden Cesetze eingeschränkt werden können. Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanntgabe des Permins zum Empfang einer Volkskongreddelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Gleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Dolegationsmit glieder gebeten. Zu der Volksratssitzung in der Berliner Stagtsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pieck werde vorsrat keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach eich zie-hen. "Alle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Klarung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung behindern könnte." In der Staatsoper seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten. Allgem. Ztg. vom 1. Juni 1949

Cstzonen-ADP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Beheoung der Oel der Stimmenauswertung der Volkskongre Bwahlen lestgestellten Unredelmäßickeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Besolution der Ostzonen-LDP. Nach einerHängeren Besprechung verantwortlicher Perteifunktionere bei der SMA in Dresden über diese Fregen erklärte der sächsische Justiz. Ein. Dieckmann, die Besolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Pertei stellte daraufhin Test, es habe keinen Zweck, die Blockwolitik Tortzusetzen, und schlag eine Bie Neue Ztg. vom 31. Vai 1949

Cro3berliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Leiter der Finanzabt. des Cro3-Berliner Engistrats, Martin SCHMIDT, erklarte anläßlich seiner imtsübernahme, daß die Einglisderung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Änderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit misse Febrochen werden. Er kündigte an, daß li fertiggestellt sein wirde und Pleich dem Zonenhaushalt einen Juschuß aufweisen werde.
Neues Deutschland vom 15. Tai 1949

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Octadne sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen irbeiter und Beagen in des Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allem in Bachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerder für das Arbeiterund Bauerhstudium ein halbes Jahr wochentlich acht bis zehn Stunden in Deutsch; Mathematik, Naturwissenschaften und Cegenwartskunde als vorbereitung auf das Studium unverrichtet werden. Maßgebender Träger dieser kroeit ist der Freis Deutsche Cewerkschaftsbund. Neue Volks-Ztg. vom 27. Mai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratsprasident NUSCHAE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, da3 die Westmächte den Anschluß der Ostzoneblander an die Bundesrebublik Deutschland unter der Bonner Vertassung vorgeschlagen hätten. Die Rationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmenr die Zusammenfassung aller verantwortlichen Deutschen. Nuschke richtete ierner einen spoell an die amerikanische Regienung, in dem er die Abberutung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Priedens dar. Er habe einen Kriessfall provozièren wollen, der hur durch die Friedensbereitschaft der 5U verhindert worden sei.

Protessor KASTNUR erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keine skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskonerelwahl seien Ausdruck der Empörung dariber, dad Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch Keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresser wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Beutschen Demokratischen Republik angenommen. Der Volkskongred wählte terner eine 22-köpfige Delegation, die nach Paris zur Konterenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation belindet sich auch der kürzlich verhattete Vorsitzende der Westdeutschen Rommunisten Reimenn.

Der Kongred beschlod denn eine Denkschrift, die dem Ausenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden derin aufgetordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdam zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in verwaltung und Mirtschait soll hergestellt und eine einheitliche Währung eingetührt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen Westdeutschland und der Ostzone sollen aufsehopen werden. Der Außenministerrat soll lerner die Bilduneta einer vorläutigen deutschen Zentralregierung aus Vertretern alles demokratischen Parteien und Organisationen einwermiem genehmigen und eine rriedenskonierenz sinderwien, an der auch eine vortäutige deutsone demokratische Regierung teilmehmen soll. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1)49

Taktischer Rückzug, Hajor PATENT von der SMA erklärte dieser Tage In Berlin, das kommunistische Ziel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die tantischen dittel zur Errichtung der Weltrevolution wirden gewechselt. Zur bolschewistischen Taktik gehöre auch manchmal der organisierte Elickzug. Die Bolschewisten griffen auf diese laktik in Zeiten des iederganges der revolutionären Aöglichkeiten zurfick. "Wach diesem gleichen hezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, un die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Gerensätze zu Tunsten der Weltrevolution zu benutzen. Die Wehl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenolicks ist von ausschlaggebender 3 deutung. Deshalb müssen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern axti-

11100m. 2: .. v. 1. Juni 1949

Die volkseigenen Metallwerke Tambach bei Gotha haben die erste Maschiene zur Vorglasung von Clinlampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Clasvitrierung der Clinlampensockel durde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tempacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Maschinen Virtschaftsrev. vom 27. Mai 1949

No. 144

Auszige aus Pressorrichten

 $\theta_{c,t}$

Spinnstoff-Erzeufung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pore zum Besten wieder geöffnet. Eit der Spinnstoffwirtschaft Berlins Verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Reng, Während die Vorstufen nur schwach vertreten sind. Diese Bekleidungsindustrie hat durch Krieg und Blokkade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Arieg noch über 100 000 Männer und Frauen alle n der Bekleidun, swirtschaft. Die Da-menoberbekleidungsindustrie der Matotstadt umfalte 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu gesellten sich die Herrenoberbekleilung, die Wäsche- Wieder- und Arawattshindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die derliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren kund 40 % des Tmsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. Ihr Hauptteil liegt im Ostsektor. Die Ostzone umfalt darüber hinaus wichtigste Schwerbunkte der deutschen Pextilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor allem die Lieferungen der sächsischen Textiliaschinenindustrie. In Mestdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfange die Industrie der Teinen bamenstrimmie Che mitzer Art, eine ausreichende Mammerningustrie, fast die resumte Fabrikation von Stolfhandschuhen und die Stickerei-Spitzen- und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogtladd behalmatet ist. Die Vestzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoliaer Girk-und Strickwaren und an Greiz-Geraer Tuck- und Aleiderstoften. Högekehtt hat der Osten eine unzureichende Aunstseidenindustric, vor allem fast keine Kupferkunstseide, sine im Cegensatz zur almogarnspinaelausriistung viel zu geringfügige Mäscherei- und Kämmereikapazität, eine descheidene Seidenwebergifadustrie, einen Mangel an meinen-und Maloleinen-Veoercien, sinen emsfinälichen an Stoffdruckereich und schließlich einen Engpud in Chemikalien. Auch dies sind nur hervorstechende Beispiele; sie genügen jedoch, um die storenden, denn nicht verhängnisvollen Wirkungen die ses Zonenkirrwarrs zu beleuchten, der keinen Ausgleich zwischen Bangel und Überfluß oder guter Ausstättung zuläßt

Allgem. Ztg. vom 27. dan 1949

Binnen 2 Fondten sollen auf Anordnung der DER alle industriellen Erzeugnisse der 53Z so gekennzeichnet werden, das der Bersteller einwandfrei festgestellt werden kann. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firsenaurzoezeichnung, ein eingetragenes warenzeichen oder eine eingetragene Bandelsnummer enthält. Die Ferkunft von Faren aus volkseigenen Betrieben mus aus der Kennzeichnung hervorgehen. Die beim Croß- und Binzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorbandenen arenbestände können auch nach der Frist ohne Bennzeichen in den Verkenr gebracht werden. Ferner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Bechnungen, Berleitpapieren usw. die sechsstelligen Nummern der Erzeugnisse zemsß dem Allgemeinen Barenverzeichnis anzugeben. Wirtschaftsrer. vom 27. Mai 1949

Die volkseigeren Chemischen erke in Bad Dooeran (Merklogs) sind die einzige Gorik in Deutschland, die aus Pabakaofälten chemisch reines Nikotia herstellt. Der Batrieb hat das Nikotia, das hoerwiegend zur Schädlingsbekämpfung im Wein- und Obstoau dient, in alle Länder der Welt versandt. Heute können Anslandsauftrage nur ausgeführt werden, went die notwendigen fonstoffe, Pabakataub oder Pabakaofall, zur Verfügung gestellt werden. Das in Doberen gewonnene Sikotin wird in der SBZ nur noch im Arzheimistelfabrikation verwandt. Zur Zeit werden im Tapasaurchschmitt 10 1 Tabakstaub verardeitet, die je nach art des Tabaks BC bis 50 kg 96 Giges Mikotin ergeben.
Tirtschaftsrev. vom 27. Wal 1949

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Gen. Stab der Leitwäffe Walter Leiwebs-lifzmann die Offiziere der Wohrmacht auf, aus dem politischen Bintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit hecht vor, mit ihrer berehlspemäß unpolitischen Baltung ein bequemes Werkezeus sewisser politischer Kräfte sewesen zu sein und deren Macht des stärkt zu haben. "Man kann uns jedoch nicht vorwerfen, daß wir nicht national empfunden hätten."

Rhein. Werkur vom 28. Mai 1949

No. 25

Pressederichte aus den Westzonen

Operbehorge: Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Agenauer planen eine sogenannte kleine Bundesregierung zu errichten, die als "Oberbehorde", von den eigentlichen Ministerien getrennt werden sott. Diese Operbehorde, die etwes genz webes in der Geschichte des modernen staatswesens auf der genzer Wolf ware, könnte unabhängig von den Ministerien auch in einer enderen Staat arbeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten erledigen. Die speziellen Arbeiten der Ministerien wirden hiervon nicht berührt. Die Jetzigen Zwei-Aonen-Behoruen hätten keinesfalls als Wasserkopt zu gelten. Trotzdem Wisse man erwägen, oo nicht in den künftigen Bundesministerien auf Lange sicht nech neuen Grundsätzen geglant werden sollte, da ja die zweizonen-wehorden nur provisorisch weschaifen worden seien. Ende Juni trete der mirtschaftsrat höchstwahrscheinlich zum letzten Male zusammen, ber 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum wahltag rur den sundestag bestimmt werden. In der zweisen Hallte des Monats August sei dann mit dem ersten Zusammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Stg. von 31. Vai 1949

Technische Messe. Die Technische Fesse Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verlauf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inlandaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Hauptkänter trat Holland für Pehrzeuge, Maschinen und Elektromaterial auf. Es folgen Indien und Geylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaufträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Hinsichtlich der Erzeuperländer steht Mürttemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weiten an der Spilze.

Interzonenhandel. Ein Sprecher der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonrerenz führten. Die größte Schwierigkeit bildete die Einigung über die Währungsfrage. Die Fertreter der DWK hatten den westdeutschen Vorschiag der auf eine Verrechnung in Demark über ein Konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Unterteitung der Lieferungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungsprlicht und "Gorige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenverschläge und Testmark ebenfalls abgelehnt.
Süddt. Ztg. vom 31. Mai 1949

Deutsche Auslandsvertretungen. Mit der Ernennung von Dr. von MANCOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Wachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der schon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Bitz der europäischen Marshallolan-Organisation beträut, nachdem die Lösung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergevangen sei. Künstig wird nan bei Bedarf Sachverstängen nach Paris delegieren.

Mit der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

Wahlen in Wolfsburg. Bei der Wahl zur Stadtvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Partei die meister Stimmen erhalten, und zwer von 26 290 gültig abgegebenen Stimmen 12 619. Es folgt die SPD mit 7 300. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Enhergebnis macht deutlich, das die Deutsche Partei die Wähler der Wechtspartei angezogen hat.

Grundgesetz. Dt. ketholische BischBfe üben scharfe Aritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, daß zwar einer Beihe von Einzelforderungen in vielfacher Einsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elternrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkennt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bederf. Wir werden den Kampt um Gewischen das einer schnellen Elternrechtappiowed EdmRetesbe 2002/01/04: CIA-RDP83-00415R0037001000510 und volles Die Gelt vom 28. Mai 1949

31/3/40

No. 24

Pressederichts aus den Westzonen

Ungenitzende Versorgung. Der Verbind der Körperbeschadigten, Sozialrentner und Finterbliebener für das hand Hessen versostaltete eine
Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der
Behandlung der in Vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik
und wandte sich um Hilfeleistung an das Ausland. Er stellte die Frage,
wo Humanität und Demokratie blieben, wenn Tausende der Verelendung
preisgegeben wirden durch ein Abrearbeschädigten-Leistungsgesetz, das
jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn soreche. Für das Gesetz machte er
die Lethargie der Alliferten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewußt einzusetzen, verantwortlich. Bis
zur Schaffung eines deuch Gesetwes verlangte der Hedner Anpassung der
Henten an das veründerte Preis- und hohngefüge. Der Juhdesregierung
schaffen. Arbeitsminister ARNEEN warnte anschließend vor einem weitoren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Tüchtlinge, Vercriebeneh und Kriegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen
könnten.

Allgem. Ztg. vom 30. Mai 1949

Deutsche Union. Der Vorstand der Jeutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "heuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier
und geheimer Vahlen sowie die Zulassung aller denokratischen Parteien
in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bungestag noch der
Volksrat der Ostzone erfällen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaab noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle.
Siddt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste segen Max Reimans Verhaltung. Der KPD-Parteivorstand erhob scharfsten Protest gegen die Verhaltung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhänziges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Vallkampf zu behindern, die Sinkerkerung h. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlamentarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.
SAZ vom 31. Kei 1949

Senkung des Diskontsatzes un 0.5 v.F. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Lander beschlot, die Diskontsatze mit birkung vom 27. Wai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Lockerung auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Eindestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Sichteinlagen der kundschaft berechnen, sesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15. v.H. auf v.H. buthaben für Geldinstitute an Kichtbankplätzen von 15. v.H. auf v.H. buthaben für Geldinstitute an Kichtbankplätzen von 15. v.H. auf v.H. buthaben für Gelden sogenannten Anlagekonten gelten als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Auf einer Croßkundgebung der ODU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Keparationslisten abgesetzten Gerac stellten kapazitätumäßig nur etwa 10 % des Gesamtwertes dar. Tine Steigerung des für Westdeutschland notwendigen Exports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt wirde. Das neuerrichtete Sicherheitsamt für die Gestzonen, das den Frieden garantieren solle und in Tordrhein-westfaben bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Borte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Thdustrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspinge, wehren müssen.

Der handesvorsitzende der würstembergisch-badischen DVP, Dr. HAUSSKANN, forderte die alsoaldige Selostauflösung und Neuwahl des handtages. Dieser es sei einer uflösung durch Volksbegehren und Volksabstimmung vorzuziehen. Der gegenwärtige unklare Zustand sei des handtages unwürdig und würde auch von einzelnen Beamten-Abgeordneten so enblunden und bezeichnet. Dr. Reinhold MAISR hette zur Prase der weiteren aktiven politischen Mitwirkung der Beamten-Abgeordneten im Landtag die Landtagsauflösung als Utooie bezeichnet, während handtagspräsident Milhelm kunt in Appresentelle eine 2002/01/04/EN-ROPS-904/6R009/00000050-Lanten über-SAZ vom 31. Mai 1949

2/6/49

No. 25

Auszige aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der aolehnenden Haltung auch weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Bisenbahnverwaltung zu vermitteln. Er außerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnerstreiks. Wie die UCO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angeoot der Heichspahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Westmark auszuzehlen. Die ursprüngliche Absicht der UCO, den Interzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Cang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militärregierungen haben einen besonderen Ausschuß für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschul hat seine droeit bereits aufgenommen. Wohnungsinheber haben von jetzt an ihre Mieten ar Mausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu überweisen. Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklärte auf der Schlußsitzung des kongresses für bessere met schliche Beziehungen in München, die Besatzun snächte hätter eine Reihe von Pehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. In Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland gro-Be Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnezifizierung sei aber nicht nur falsen, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was Gerechtigkeit sei. In Württemberg-Baden ist als dem ersten Lend in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem Jer Mil Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jedor Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Der Verlegern ist jedoch auch weiterbin die Propagierung nationalsogialistischer Idean und die Veröffentlichung von Bruckmitteln unversags, die Meindseligkeiten und Mistrauen hervorrufen oder die militärische Eicherheit der Besatzungsmacht gefährden können. Franz BLUECHER hat an Dr. Punder ein Telegramm gesandt, in dem er tha bittet, sich dafür einzwetten, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Fa. Scholven, die beide Fabrican zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Stelle weiterzuleiten. In Stidwirttemberg-Pohenzollern ist des Notopfer Berlin aufgehoben wor-Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Eittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen, die nächsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich daftir ein, weitere Tagungen ohne Teilnahme der Offentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Einheit Deutschlands anschließen. Wan beschloß daner, zum zweiten Tunkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wahrungsfrage, überzugehen. Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maxis

Sender Stuttgert vom 2. Juni 1949

Die Kehlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Damit hat sich der Tagesdurchschnitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser Tage: "Wir werden jeden zur hechenschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates mitschuldig macht? Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrneit mundtot gemacht wirde.

Martin

No. 24

Auszige aug studiunkoerichten

Sender Stuttgart vom 31. jai 1949

Wyschinski hat heute die Voramilage der Westwächte für die politische und wirtschaftliche Zukunic Balischlunds erneut abgelehat. Er cante, das Besatzungsstatut sei zhiblich nichtbefristet. In dem Statut sei vorgesehen, daß in Deutschlauf fire lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Sinheit lighten ikads könne hiert nach dem Euster des Grundgesetzes hermentellt werden. Er verlangte ferner, daß eine Delemation des sogenanntes Voltriats ihre Ansichten Geer Deutschlund vorbringen könne. Diese fordarung wurde von des drei Vealnächten energisch zurückgewiesen. Eche ich erdärte, er glaube auf keinen fall, daß die 2000 Delegierten des coltschen Volkskongressen in ingend einer Weise das deutsche Volk oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentiarten. Der Volkskongred sei eins russische Mardonesten-Organisation", die nicht ware, ir end etwas zu sagen, was richt von der SU vorber genehmigt set. Die sowjetisch kontrollierte Aliebsonhadirektion Berlin hat angeordnet, daß vom 1. Juni an Fuhrkerten für die gestberliher S-Sahastrecken nur gegen lestmark verkauft werden. Kraikeneyer hat die Vorhandlungen mit Oberbürgerweister Teuter über dem Streik abgegast. Das Vermittlungsangerot hautern soi schon deshalb gegenstandeles, weil die Eisenoahndirektion tehrfach versedlich den Jerliner segistrat ersucht habe, den in det Westmerkloren Barlins wohnenden hisenbahnern 60 % der Lohazahlu sea in bestmark unduteuschen. Der württemoerg-padische Landtog beschäftigte sich mit der grege der Zuschöriskeit von Beamten zum Ferlament. Präsident KEIL teilte mit. da3 für des Land Fürttemberg-Bedan ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden misse. Dr. EXVER B. and eine Kegierungserklärung eb, in der es heißt, den Gesetson zufelm sich die Beamten-Logeord-neten lediglich aus Gründen de Maniplin zu entscheiden haben, on sie ihr Amt oder ihr Ampendae en gendat beibehelten wollten. Fir diese Entscheidung misse ibnom sine worden. Daher könne ein automatisches Erlöschen der Mitgliedschaft eines deamten micht bejaht werden. linen kolme, das der umstrittene artikel des Landesbeamten escozes Hit der Landesverfassung nicht vergiebar . sei und im Widerspruch zu anderen Verlassungsartikeln stehe. Der Entwurf des Innenministeritems für das neue Landes-Wahlledetz sein eine Beschränzung der Wahlbarkeit der Beanten vor. Die Regierung wolle aber mit der Regetung Der Angategenheit warten, bis der genaus Inhalt des sundeswehlgesetzes lestatehe. Der Sprecher der CDU, VIE-DESTINE, aspte, das ein decatz die grage regeln misse. Die APD kehnte duren Leisbrand die Reg. Er larung ab. Dr. KESSLER, EVP, setonte, das mit der Regierungserklänung die Frage noch nicht gelöst werde. Die mil. Touv. der amerikanksellen und der britischen Zone besprachen neute mit den Fin. Präs. der Doppelzone die allijerten Abänderungs-wünsche zum Vahlgesetz. Die Fin. Fräs. AOPF anschließend mitteilte, wurde in der Unterredung klarsestellt, das die Win. Präs. leuiglich für die Bestsetzung des Bundestases für die Acsteetzung des Mahltennine, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Beblkommissare zuständig sind. bine Abandeund die Bestellung eines hellkommissars zustandig sind. Eine Abanderung des Wahlgesetzes, wie sie vor allem für das Wahlsystem, die Zanl
der ingeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen
Eänder gefordert wird, ist eine ingelegenheit den Perl. Hates.
STOCK erklärte, die Min. Täs. virden sich voraussichtlich nicht mit
der von den Alliierten Rewisselven liederung der Bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Bouverneure hätten pefordert, die
lusgabe der Bahlscheine nur auf ange Brige der Beniffahrt zu osechran
ken. Die Verwirklichung dieser Bestimmung würde den Prozentsetz der ken. Die Verwirklichung diesex Besti muhr würde den Prozentsetz der Tahlbeteiligung erheblich meracmetzen, da dann nicht nur sehlreiche Geschäftsleute von der Wahl aus eschlossen wären, sondern auch viele Urlaubsreisende, die gerade im Fochsommer besonders zahlreich seien. Im tibriger sei es wegen des Orleglichkeit gut, des die gin. Pras. nich tiber Abanderungen am Wahlschetz zu boschließen hatten. Die Tabsche, da3 11 Londtage sich dans opst ein egend mit der gaterie befassen millten, wirde die Wahl zun .. dandester un fonate verzögern.

31/5/49

No. 23

Auszige sus Bandunkberichten

Sender Stuttgart von 27. 141 949

Die Autenmin, werden voranssichtlich Wyschinaki houte auffereste, seine Plane für ein einhentlichen Deutschland genau zu defluisten. W. oestend auch gestern auf vielererrichtung des Kontrollrages. Im Verlauf der Sitzung entwarf er ein Bild über die Entwicklung in der Ostzone, Er sagte u.s., hat der Lebensstandard in der Ostzone seise der in der Westzone. Beine Darlegungen wurden jedoch von des Westmüchten mit Skepsis aufgebennen. — Bisher heben die westmächte die sowjetischen Forderungen zom micht eindeutig abgelehnt. Sie liegen jedoch durcholieken, das auch sie einige Bedin under stellag verden.

Der Güterverkehr zwischen den Wastzonen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf der Berecke fest. Seit Diensteg eins nur 7 Züge in Berlin einzetroffen

Aläßlich der Mitgliederversamtung der Deutsch-Belgisch-Lamenburgischen Mandelskammer gab Dr. P. FENDER einen Hechenschaftspericht Woer die das westdeutsche Wirkschaftspolitik. Unter Bezugnahme auf ihe steigende Kohlenförderung britägle er, bei Erreichen von 360 000 ttägle werde die Bewirtschaftung von Kohle wesentlich gelockert oder aufgehoben werden. - Durch eine dienvole Zusammenfassung aller mögelichen Finanzierungsquellen auffre zun, in Laufe des Etatsjahrs 19750 für Investitionszwecke 7,5 mr. DM flüssig machen zu können. - Auch die demächst von der Krechtenswalt für Wiederaufbau hersuskommunde steuerbepünstigte Anleihe wer eineital für die wichtligsten Investitionsvorhaben, wie Wohnungsbar, Bergbau, Energiswirtschaft sameln, wobei die verschiedenen Bedar Strämer nach der Dringlichkeit der Kapitalinvestitionsvorhaben berücknichtigt würden. - Zur Vrege des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Machholbedarfes erklärie er. Plinder, nur eine außerordentliche Steinerung der deutschen Sino te kinne auf die Dauer eine Absatzkrise verhindern. Der inteil der Kohstoffe am westdeutschen Export sei nich inner zu hoch. Leider gingen noch 22,5 % der gesamten westdeutschen Möhle ins Ausland, wo die Johle unter Teltmarktoreis verkeift verder müsse. Diese Matsache stebs einem Vohnungsbau in größerem Still im Vege.

August HADSSLEITER fordert freie and reheime Wahlen in allen deutschen Landern unter Kontrolle der UP. Ersecht sich für die wiederinerstellung der Grenzen von 1937 ein. Die Grundsätze der Atlantik-Charts offsen für die ganze Monschheit gelter; die für einzelne Völker außer Krant zu setzen, gefährdet die Denokratie Das Schicksel der deutsichen Oder-Weiße-Grenze muß von seiner ehamaligen Bewohnern entschieden werden. Ein gerechter Friede ist Veraussehung für die demokratische Weiser-entwicklung in Europa.

Sender Stuttgart vom 28. Wii 1947

Die Besprechungen zwischen Ver retern des Prkft. Wirtschafverztes und der DWA zwecks Wiederaufachte des Intersonenhandels sind auf andestimmte Zeit vertest worden, der en Gen Prankfurtern an Unterlagen fellete. Die ostzonalen Vertreber heben sich bereit erklärt, die Besplechungen jederzeit wieder gutzusenden. Die bendesversammlung der GW in Stewning hat heute an Stelle von Justizmin. Dr. Büller mit 186 ergen 151 Stimmen den ein Pris Diggerenden zwindt. BRAND zum Lancesvorsitzenden zwindt. BRAND sigte er bringe elf großes persönliches Opfer, wenter des Amt des Hin. Präs. wit den des Landesvorsitzenden verbinee. Der Bien könne nur in einer Starkung der Partei und ihrer Haltung als polywisches Instrument liegen. Die fußgebe sei unlösber, wene nicht en lich mit dem persönlichen Gegennerander in der Partei aufsehert wene. Bende sichtschaur in der Polimik sei und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland, sondern Bayern in deutschland nicht ohne Bayern.
Das neue Seforthilfegesetz soll schalf wie möglich in Araft treben. Han holft, dafür keinen großen Terweltungsapparet zu benötigen. Die zungsgeschädigte vorgesehen.

2/4/49

No. 26

Presseperichte aus den mestzenen

Neues Wirtschaftsprogramm. Der virtschaftspolitische Ausschuß der ODU hat ein neues Siedzenn-Punkte-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das im wesentlichen Tolgende Thesen enthält: Schaffung einer Zentralaufsicht für die Währung; keine Subventionspolitik; kein Preisant; Erhöhung des Realeinkommens nur durch Preissenkung, da sonst eine internationale Wettbewerbsfähigkeit unwöglich ist; kein Zwangssparen, sondern Steuervergünstigungen zum Zwecke der Kapitalsbildung; Steuerreform, verbunden mit größerer Sparsamkeit der öffentlichen Hand; und Neubau der deutschen Handelsflotte, da bisher rund 200 Willionen Dollar jahrlich für die Benutsung fremder Schiffe ausgegeben worden sind. Prof. ERHAAD erklärte in einer Rede, das Prinzip der Wirtschaft sei dynamisch, während die Aeschichte bewiesen habe, das alle Versuche, die wirtschaft auch Zwang in die Statik zu drängen, fehlschlagen müsten. Erhard warf den Aritikern vor, sie hätten als einzigen Ausweg aus den Schwierigkeiten immer nur die Vorteile der Planwirtschaft zu nennen gewußt, die bereits gründlich versagt habe. Kein Jensch konne erwarten, da3 nach einen fünfjährigen Zwangszustand in drei ois vier Jahren alle Schäden geheilt sein sollten. Vier Jahren alte Schweichung eintreten die Preise wirden

verschiedene Krisensymptone der gegenwärti en lage könnten, so
schwerwie end sie im einzelnen auch seien, durchaus als positiv für die
kommende Entwicklung gewertet werden. So sei der gegenwärtige Kreditmangel durchaus ein Zeichen der Konsolidierung, denn er zeige, daß
eruhl für echtes und gesundes Geld wieder im Wochsen und daß
dieses Geld auch tatsächlich gut sei. **Tig fiele mir nicht schwer
in acht Tagen alle Arbeitslosen von der Strade zu oringen. Aber der
Preis dafür wären neue inflationistische Tendenzen. Damit würde wiederum eine wirtscheftliche Schwechung eintreten die Preise wirden derum eine wirtschaftliche Schwachung eintreten, die Preise wirden anziehen und das Realeinkommen sinken". Erhard lehnte die liberalistische Zyklustheorie, die einen beriodischen Auf- und Abstieg der Wirtschaft in einem sieben- bis neunjänrigen Zeitraum annimmt, ab. Um die Kapitalnot der deutschen Wirt-schaft zu beheben, seien jährlich sieben bis acht Williarden Wark an Investitionen erforderlich. Zur Zeit würden Mittel bereit gestellt, und zwar aus dem "Counter-Part-Fonds" sowie durch Anleihen wie jetzt zum Beispiel durch die Reichsbahnenleihe. Allgem. Ztg. v. 1. Juni 1949

Deutsche Union. Vier Mitglieder der DU, und zwar Schlomm, Woschesch, Mathy und Teleng wurden mit sofortiger Wirkung vom Vorstand der DU ausgeschlossen. Es wird ihnen vorgeworfen, mit Vertretern der MDJ und des MDCB an der Gründung der Aktionsgemeinschaft für ein einiges Deutschland mitgewirkt zu haben. Damit machte die DU einen Beschluß wahr, der jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Ostzonenorganisationen verbietet.

Die Neue Ztg. vom 31. Mei 1949

Zur Erforschung des Nationalsozialismus. Kürzlich wurde in München eine Kuratoriumssitzung des "Deutschen Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus" abgehalten. Das Institut hat als Ziel, die Öffentlichkeit über die Vorgeschichte und die Geschichte des Nationalsozialismus zu informieren und Vorbereitungen für eine Wissenschaftliche Darstellung dieser Zeit zu treffen. Es ist eine Stiftung der Ministerpräsidenten der Länder der amerik. Bes. Zone und soll von den Ländern des Bundes getragen werden.

Die Gründung einer neuen Partei ist in Heidelberg beschlossen worden, in der ohne parteipolitische Bindung alle Plieger- und Währungsgeschädigten, Ausgewiesenen und Plüchtlinge sowie alle Kriegsbeschädigten zusammengefaßt werden sollen. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Die Deutsche Zentrumspartei hat jetzt ihre Tätigkeit auch in Rheinland-Pfalz aufgenommen. SAZ vom 31. Mai 1949

SECRET

Approved For Release 2002/01/04 : CIA-RDP83-00415R003100100005-0

31/5-149

No. 105

Ausziige aus kundfunkberichten

sender Leipzig vom 27. Mai 1949

Berlin: Cepen die Perrormasnahmen der UBO wird in Protestkundgebungen stelling genommen. So sandten die Elsenbahner von Belozig, zwikkau, bresden usw. Telegramme, in denen sie ihrer Emporung Ausdruck geben, dad das Volkseigentum mutwillig zerstört worden ist. Die heutige vierte Sitzung wurde mach vierstündiger Dauer beendet. gen vorsitz Eihrte Außenmin. Acheson. Auf der Tagesordnung stand wiederum die wirtschaftl. und pol. Binheit Deutschlands, zu der W. eingehende Vorschläge gewacht hatte. Korrespondenten einiger Berliner Weltungen haben auf die von ihnen rechtzeitig gestellten Einreiseanträge zwecks Teilnahme an der Ausenministerkonferenz noch keine Antwort ernalten. Es nat den Anschein, als ob die Französische Hegierung stillschweigend über die Anträge hinweggehen will, um dadurch der Pflicht enthopen zu sein, die Ab-lehnung begründen zu müssen. In Kreisen der Journalisten wird die Aus fassung vertreten, das einige Fachte nicht an einer objektiven Berichterstattung interessiert sind. Zur gegenwärtigen politischen Situation nahm PESCHKE auf der Zonenfunktionärkonferenz der IG Metall Stellung. Er sagte, die Vorschlage Wyschinskis haben klar erkennen lassen, das die SU bereit sei, alles zu tun, um die Winhelt Deutschlands wieder herzustellen. Die 600 Delegierten richteten an alle detallarbeiter die Aufforderung, die Einheit Deutschlands zum obersten Tesetz ihres Handelns zu machen. -Wyschinski habe in seinen Vorderungen über die Viederherstellung des Tiermächtekontrollrates nichts vorgeschlagen, was unannehmbar sei. Es solle daher nicht schwer fallen, zu den alten Beschlüssen von Potsdam zurückzugehen. Wären wir Deutschen in Paris vertreten, würden wir nichts anderes fordern, als was er vorgeschlagen habe.

Senjer Jeiozig vom 28. Mai 1949

Berlin: Der Dritte Deutsche Vonkskongreß wird morgen zu seiner ersten agung zusammentreten. Die Vorbereitungen dafür sind abgeschlossen. Unter den auswärtigen Delegierten befinden sich zahlreiche Teilnehmer aus 'estdeutschland. Zum Thema Deutschland und die Außenministerkon-ferenz werden u.a. Pieck, Nuschke usw. Stellung nehmen. Auf der Tages-ordnung steht ferner die Wahl einer Delegation, die Deutschland in Paris vertreten soll.

In der Zeitschrift *Deutschlands Stimme* wird die Bildung einer gesantdeutschen Hationalen Front als die wichtigste Aufgabe des Volkskongresses bezeichnet, Merner wird der Abschluß des Friedensvertrages, Anzug der Besetwuhrstrungen usw. gefordert, weil das die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in Deutschland is .. -In zahlreichen Städten Westdeutschlands sind auf Volksversammlungen

Entschließungen angenommen worden, in denen die Ziele des Volkskongresses begrüßt wurden.

Die Magliche Eundschau schreibt heute, die ersten Tage in Paris haben ergeben, daß es nur die 50 ist, die bisher positive Vorschläge her-vorgebracht hat. Die Westmächte begnügten sich damit, das wort Einheit Deutschlands' ständig zu wiederholen, ohne einen konstruktiven Vorschag zu machen. Ihre Gegenargumente waren so dürftig, da3 sie nur die Richtigkeit der Vorschläge der 30 bestätigten: - Prof. 3UDZISLAWSKI erklarte, das deutsche Volk könne den Vorschlägen Wyschinskis zustimmen, denn sie entsprächen seiden lataressen.

Die KPD von Sheinland-Pfalz sandte an den Volkskongred eine Erklarung, in der es heißt, daß sich alle aufrechten Deutschen zur Nationalen Pront sowie für Deutschlands Einheit und Prieden bekennen. Während sin westdeutsche Politiker zur Zerreißung Deutschlands nergegegen haben, erhebt der Deutsche Volkskoneres seine Stimme zur Entsendung einer deutschen Delegation nach Paris.

Sender Leipzip vom 29. Mai 1949

Houte worde der Dritte dt. Volkskongred eröffnet. PIECK erklärte, Aufyabe des 3. Volkskongresses sei es, neue Mittel und Wege zu finden, um des Unglück der Boaltung Deutschlands zu verhindern. Die breite Kampflinie der "Mationalen Front" misse auch auf Westdeutschland ausgedehnt werden.

214149

No. 146

Ausziige & 5 Presseberichten

Verfassung der Ostzone. Die vom Aritten Volkskongred der Ostzone an-genommene Verfassung der Deutschen Denoxratischen Republik oesteht aus einer Praambel und drei Abschnitten mit insgesemt 144 Artikeln. Die Verfassung besagt, das bestschland eine unteilbare demokratische Republik ist, die sich auf den deutschen händern aufbaut. Ihre Hauptstadt ist Serlin. Thre Parben sind Schwarz-Hot-Gold. Der zum Unterschied vom Bonner Grundgesetz stärker ausgeprägte zentralistische Charakter kommt dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß alle wesentlichen inselegenheiten von der Republik, alle anderen von den Ländern beschlossen werden. Die vom Volk ausgehende Stantsgewalt hat ihr höchstes Organ in der Volkskammer, die aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wablen bervorgeht. Die Verfassung kennt keine Breiteilung der Verfassungsgewalten in die Gesetzgebung, Exekutive und Lechtsprechung. Der Volkskammer zur Seite steht die Länderkammer. Beide hammern wählen geneinschaftlich den Präsidenten der Republik aus der stärksten Fraktion der Volkskammer. Der Prüsident ist zugleich hegierungschef und amtiert vier Jahre. In der Verfassung ist die in der Ostzone vorgenommene Enteignung von Kriegsverbrechern und national ozialistischen Aktivisten, die Verstaatlichung von Monopolen und Kartellen, die Sozialisierung der Bo-denschätze und die Bodenrefort verankert. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Sepublik verlieren das aktive und passive Sahlrecht. wenn sie Propaganda gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze regen demokratische Folitiker und Friegshetze oder militaristische Propaganda betreiben. Im dori en werden in der Verfassung die persönliche Greiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht der freien Meinungsaußerung gerintiert. Allerdings wird darauf hingewiesen, das alle diese Rechte durch die gelvenden Gesetze eingeschränkt werden können. Das Sekretariat des Deutschen Volksrats in Berlin hat an die Pariser Außenministerkonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem um Bekanatgabe des Termins zum Empfang einer Volkskongreddelegation durch den Außenministerrat gebeten wird. Cleichzeitig wurden alle vier Besatzungsmächte Deutschlands um Erteilung der Ausreisegenehmigung für die Delegationswitzlieder debeten, Zu der Volksratssitzung in der Berliner Stattsoper erklärte ein Sprecher der SED, die Proklamation der Deutschen Demokratischen Republik durch den Vorsitzenden des Volksrats Pisck werde vorsrat keine konkreten Maßnahmen, wie Wahlen oder eine Regierungsbildung nach sich zie-hen. Malle politischen Maßnahmen dieser Art werden zurückgestellt, bis in Paris eine Alarung erfolgt. Es wird nichts geschehen, was eine Verständigung gehindern könnte." In der Staatsoner seien lediglich die Grundsätze für die Bildung einer Deutschen Demokratischen Republik proklamiert worden, die bei entsprechenden Ergebnissen der Pariser Außenministerkonferenz konkret angewendet werden sollten. Allgen. Ztg. von 1. Juni 1949

Cstzonen-LDP. "Die LDP verlangt die restlose und sofortige Behebung der dei der Stimmenauswertung der Volkskongreßwahlen lestgestellten unrenelmäßiskeiten und die Strafverfolgung ihrer Urheber", heißt es in einer Resolution der Ostzonen-HDP. Nach einerWängeren Besprechung verantwortlicher Perteifunktionäre bei der SMA in Dresden über diese Fragen erklärte der Bächsische Austiz. din. Dieckmann, die Resolution dürfe auf Befehl der SMA nicht angenommen werden. Die Mehrzahl der Mitglieder des Landesvorstandes der Pertei stellte deraufhin Test, es habe keinen Zweck, die Blocksoflitik fortzusetzen, und schlug eine Die Neue Ztg. vom 31. Wai 1949

Cro3berliner Finanzverwaltung unter neuer Leitung. Der neue Seiter der Finanzabt. des Cro3-Berliner Magistrats, Martin SCHMIDT, erklarte anläßlich seiner intsübernahme, daß die Fingliederung Berlins in den Volkswirtschaftsplan der Zone auch eine Anderung der Methoden und Arbeitsziele der Finanzabt. erfordere. Mit dem kommunal-egoistischen Denken der Vergangenheit misse Febroohen werden. Er kündigte an, daß li Fertiggestellt sein wirde und Fleich dem Zonenhaushalt einen Juschuß aufweisen werde.

Neues Deutschland vom 15. Dai 1949

1/2/49

No. 145

Auszüge aus Presseberichten

Bildungs-Kollektive. In der Ostzone sind Bildungs-Kollektive entstanden, aus denen Irbeiter und Bauern in das Universitätsstudium gelangen sollen. In den Bildungskollektiven, die vor allem in Sachsen-Anhalt eröffnet worden sind, sollen die Bewerber für das Arbeiterund Bauernstudium ein halbes Jehr wochentlich acht bis zehn Stunden. in Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Gegenwartskunde als Vorsereitung dur das Studium unterrichtet werden. Maßgebender Trager dieser troeit ist der Freim Deutsche Cewerkschaftsbung. Neue Volks-Mtg. vom 27. Vai 1949

Volkskongreß. Auf dem dritten Volkskongreß hat Volksratsprasident NUSCHKE einen nationalen Staat gefordert und erklärt, es sei eine Zumutung, das die Westmächte den Anschluß der Ostzonenlander an die Bundesrebublik Deutschland unter der Bonner Verlagsung vorgeschlagen hätten. Die Rationale Front, die seit kurzem in der Ostzone propagiert werde, sei keine neue Firma, sie sei vielmenr die Zusammenfassung aller verantwortlichen beutschen. Nuschke richtete terner einen Appell an die amerikanische Regierung, in dem er die Abberutung des amerik. Stadtkommandanten in Berlin forderte. Howley stelle eine ständige Bedrohung des Friedens dar. Er habe einen Kriegstall provozieren wollen, der nur durch die Friedensbereitschaft der SU verhindert worden sei.

Protessor KASTNUR erklärte, die Ostzone lebe schlechter als die Westzone, sie habe aber auch keins skrupellosen Schulden gemacht. Die "Nein"-Stimmen bei der Volkskonerelwahl seien Ausdruck der Emporung dariber, da3 Deutschland vier Jahre nach Kriegsende noch Keinen Frieden habe.

Am 2. Tag des Kongresses wurde gegen eine Stimme eine "Verfassung der Seutschen Bewokratischen Rebublik angenommen. Der Volkskongred wählte terner eine 22-köplige Delegation, die nach Paris zur Konierenz der Außenminister entsandt werden soll. Unter den Mitgliedern der Delegation betindet sich auch der kürzlich verhattete Vorsitzende der westdeutschen Kommunisten Reimann.

Der Kongred beschloß denn eine Benkschrift, die dem Ausenministerrat vorgelegt werden soll. Die Außenminister werden darin autgelordert, einen Friedensvertrag für Deutschland auf der Basis der Abkommen von Jalta und Potsdan zu entwerfen. Die Einheit ganz Deutschlands in verwaltung und hirtschaft soll nergestellt und eine einheitliche Währung eingetührt werden. Alle wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Einschränkungen zwischen gestdeutschland und der Ostzone sollen aufrehonen werden. Der Außenministerrat soll terner die bildung einer vorläutiven deutschen Zentralregierung aus Vertretern aller demokratischen Parteien und Organisationen ginnerunen genenmigen und eine rriedenskonierenz sinderuxen, an der aden eine vorläutife deutsone demokratische Herierung teilnehmen soll. Allgem. Ztg. vom 31. Mai 1949

Taktischer Riickzug, Majo: PATENT von der SMA erklärte dieser Tage in Berlin, das kommunistische Miel sei unveränderlich die Weltrevolution. Lediglich die taktischen Mittel zur Errichtung der Weltrevolution wirden gewechselt. Zur polechewistischen Taxtik genöre auch menchmel der organisierte blickzug. Die Bolschewisten griffen auf diese laktik in Zeiten des liedergenges der revolutionären Möglichkeiten zurück. "Wach diesem gleichen bezept muß jetzt auch in Deutschland gehandelt werden, un die in der deutschen Bourgeoisie herrschenden Carensatze zu Tunstem der Baltrevolution zu benutzen. Die Wahl des für den entscheidenden Schlag günstigen Augenolicks ist von ausschlaggebender 3. deutung. Deshalb missen die Kommunisten Geduld haben, denn ein Rückzug bedeutet nicht eine Niederlage, sondern arti-

Die volkseigenen Metallwerke Tamoach bei Gotha haben die erste Maschiene zur Verglasung von Climtampensockeln fertiggestellt. Die sogen. Clasvitrierung der Clühlampensockel aurde bisher nur in Westdeutschland betrieben. Vom 1. Mai an sollen in den Tambacher Metallwerken mtl. 200 000 Sockel hergestellt werden. Der Bau weiterer Waschinen Virtschaftsrev. vom 27, 301 1949

311:14.9

No. 144

Auszige aus Pressederichten

Spinnstoff-Erzeugung. Der Berliner Spinnstoffwirtschaft wurden durch die Blockadeaufhebung die Pore zum Westen wieder geöffnet. Mit der Spinnstoffwirtschaft Berlins verbindet sich die Vorstellung einer Bekleidungsindustrie von hohem Reng, während die Vorstufen nur scawach vertreten sind. Diese Bekleiäungsindustrie hat durch Krieg und Blok∞ kade empfindlich gelitten. In Berlin dienten vor dem Arieg noch über 100 000 Männer und Frauen allein der Bekleidungswirtschaft. Die Damenoberbekleidungsindustrie der Hauptstadt umfaste 80 bis 90 % der deutschen Kapazität. Dazu resellten sich die Herrenberbekleidung, die Wäsche-, Vieder- und Krawattenindustrie, die Zutatenzweige der verschiedensten Art usw. - Die Berliner Konfektion bestritt in den letzten Vorkriegsjahren cund 40.5 des Timsatzes der deutschen Bekleidungsindustrie. The Fauptteil liegt im Ostsektor, Die Ostzone umfalt darüber hinaus wichtigste Schwerpunkte der deutschen "extilindustrie. Bisher entbehrte die westdeutsche Spinnstoffwirtschaft vor alleg die Lieferungen der sächnischen Gestiliaschinenindustrie. In Westdeutschland fehlt bis auf bescheidene Anfange die Industrie der Teinen Lamenstrimbre Chemitzer Art, eine ausreichende Kammearnijdustrie, fast Jie Fes.mte Fabrikation von Stoffhandschuhen und die Stockerei-, Spitzeh-, und Cardinen-Industrie, wie sie im Vogsländ oehelmatet ist. Die Westzonen brauchen einen erheblichen Zuschuß an Apoleaer wirkund Strickweren und an Greiz-Geraer Puch- und Kleiderstoffen. Umgekehtt hat der Caten eine unzureichende Aunstseidenindustric, vor allem fast keine Aupferkunstscade, eine im Cerensatz zur Aumgarnspindel-ausrüstung viel zu geringfügige Wäscherei- und Känmereikabazität, eine bescheidene Seidenwebereilindusvrie, einen Mangel an Leinen- und Heloleinen-Webercien, binen ampfindlichen an Stoffdruckereich und schließlich einen Engpaß in Chemikalien. Auch dies sind nur hervor-stechende Beispiele; sie genüren jedoch, um die storenden, wenn nicht verhängnisvollen virkungen dieses Zonenwirtwerrs zu beleuchten, der keinen Aussleich zwischen Bangel und Überfluß oder guter Ausstättung

Allgem. Ztg. vom 27. dai 1949

Binnen 2 Monaten sollen auf Anordnung der DWM alle industriellen Erzeugnisse der SBZ so gekennzeichnet werden, dal der Mersteller einwandfrei Testges: ellt werden kagn. Die Mennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firsendurzoezeichnung, ein eingetragenes Warenzeichen oder eine eingetragene Mandelsnummer enthält. Die Herkunft von March aus voltseigenen Betrieben muß aus der Mennzeichnung hervorgehen. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorbandenen Berenestande köhnen auch nach der Frist ohne Mennzeichen in den Verkehr gebracht werden. Berner haben alle Hersteller und Verteiler industrieller Erzeugnisse in ihren Büchern, Bechnungen, Berleitpapieren usw. die sechsstelligen Mummern der brzeugnisse gemaß dem Allgemeinen Warenverzeichnis anzugeben. Wirtschaftsreit vom 27. Mai 1949

Die volkseireren Chemischen erke in Bad Doberen (Metklog.) sind die einzige Porik in beutschland, die aus Pobkabfählen chemisch reines Vikotin herswellt. Der Betrieb hat das Nikotin, das Hoerwiegend zur Schädlingsbekämbfung im wein- und Obstbau dient, in alle Länder der Welt versandt. Heute können Auslandsauftrage nur auspeführt werden, wenn die notwendigen Ponstoffe, Pubakstaub oder Pobkabofähl, zur Verfügung gestells werden. Das in Doberen gewonnens Rikotin wird in der S3Z nur noch in Arzneimistelfabrikation verwandt. Zur Zeit werden im Tagesdurchschnitt 10 t. Tabakstaub veraroeitet, die je nach Art des Tabaks 30 bis 50 ag 96 Giges Mikotin ergeben.

Wirtschaftsrev. vom 27. Wai 1949:

In der Berliner Zeitung fordert der ehemalige Oberst im Jede Stab der Luftwaffe Walter LEUWESS-LITZHANN die Offiziere der Achrmacht auf, aus dem politischen Bintergrund hervorzutreten und sich in die Nationale Front einzureihen. Den aktiven Offizieren werfe man mit Recht vor, mit ihrer beiehlsgemäß unpolitischen Haltung ein bequemes Werkzeuf gewisser politischer Kräfte gewesen zu sein und deren Wacht gestarkt zu haben. Man uns jedoch nicht vorwerfen, das wir nicht national empfunden hätten Macht geschen. Werkur vom 28. Mai 1978(KE)

Pressederichte aus den Westzonen

Operbehorge. Westdeutsche Politiker unter Führung von Dr. Adenauer planen eine sogenannte kleine pandesregierung zu errichten, die als "Obersehorde" von den eigentlichen Ministerien getrehnt werden sott. Diese Operschorde, die etwes ganz Neues in der Geschichte des modernen blaatswesens auf der genzen welt ware, konnte unabhändig von den ministerien auch in einer Enderen Staat eroeiten und nur die eigentlichen Ministerialarbeiten ertetigen, Die speziellen Aroeiten der Ministerien Wirden hiervon nicht berührt. Die Jetzigen zwei-gononsehorden hätten keinesfalls als Wassarkopt zu gelten. Trotzden misse man erwägen, oo nicht in den kuntigen Bundesministerien auf Lange Sicht nach heuen Grundsätzen geplant werden sollte, da ja die Zwei-Zonen-Behorden nut provisorisch geschallen worden selen. Ende Juni trete der wirtschafterat hoonstvehrscheinlich zum letzten Mele zusammen. Der 17. Juli konnte nach Ansicht Dr. Pünders zum wahltag für den Bundestag bestimmt werden. In der zweiten Halfte des Monata August sei dann mit dem ersten Musammentreten der Bundesregierung zu rechnen.

Allgem. Ztg. vor 31. Vai 1949

Technische Messe. Die Technische Messe Hannover ist vorbei. Die Aussteller sind von ihrem Verläuf befriedigt. Nach bisherigen Schätzungen sind für rund 90 Mill. DM Exportaufträge und für 60 Mill. Inländaufträge erteilt worden. 2/3 der Aufträge sind von ausländischen Käufern erteilt worden. Als Bauptkäuter trat Holland für Mehrzeuge, Maschinen und Elektromaterist auf. Es folgen Indien und Ceylon mit großen Aufträgen für den Maschinenbau. Von den ausländischen Aufträgen fallen über 60 v.H. auf Kraftfahrzeuge und Zubehör, 17 v.H. auf den Maschinenbau und 16 v.H. auf die Elektroindustrie. Bei den Inlandaurträgen führt die Kraftfahrzeugindustrie vor der Elektroindustrie. Hinsichtlich der Erzeuperländer steht Württemberg-Baden bei den Exportabschlüssen mit 55 v.H. bei weitem an der Spitze.

Interzodenhandel. Ein Sorecher der Zweizonenverwaltung für wirtschaft gab die Gründe bekannt, die zum Scheitern der Interzonenhandelskonferenz führten. Die größte Schwiexigkeit bildete die Einigung über die Vährungsfrage. Die Vertreber der DWK hetten den westdeutschen Vorschlag der auf eine Verrechnung in Demrk über ein konto bei der Bank deutscher Länder und auf eine Untertsitung der Ließerungen in "Vorbehaltsgüter" mit Genehmigungspilicht und "übrige Waren" hinauslief, nicht angenommen. Die Verwaltung für Wirtschaft hatte die Gegenvorschläge der DWK auf Errichtung von zwei parallelen Konten mit Parität von Ostwidt. Ztg. vom 31. Zai 1949

Beutsche Auslandsvertretungen. Wit der Ernennung von Dr. von MANGOLD zum ständigen Leiter des deutschen ERP-Büros in Paris ist faktisch die erste deutsche Nachkriegs-Auslandsvertretung geschaffen worden. Wie Dr. Pünder dazu erklärte, habe man Dr. von Mangold, der achon lange im Pariser ERP-Büro arbeitete, mit der Leitung der deutschen Angelegenheit am Sitz der europäischen Farshallplan-Organisation betraut, nachdem die Losung der deutschen Probleme dort aus alliierten in deutsche Hände übergegangen sei. Künstig wird nan bei Bedarf Sachverstandige aus der Virtschaft, der Wissenschaft und den deutschen Verwaltungen nach Paris delegieren.

Wahlen in Folfsours. Bei der Wahl zur Stantvertretung in Wolfsburg hat die Deutsche Fartei die meister Stimmel erhalten, und zwar von 26 290 gültig aoregebenen Stimmer 12 619. Es folgt die SPD mit 7 800. Die Wahlbeteiligung betrug 70 %. Das Sahlergebnis macht deutlich, das die Deutsche Pertei die Wähler der Lechtspertei angezogen hat.

Grundgesetz. Dt. katholische Bischofe üben scharfe Kritik am Grundgesetz. Sie erkennen hierin an, del zwar einer Reihe von Einzelforderungen in vielfacher Einsicht entsprochen wurde, es bleibe aber mit einem schweren Makel behaftet, weil das Elterdrecht in seiner Anwendung auf die Schulerziehung nicht ausdrücklich anerkennt wurde. Daher kann es nur als eine vorläufige Ordnung betrachtet werden, das einer schnellen Ergänzung bedarf. Mir werden den gempt um das einer schnellen ElternrechtApproved Echrenge 2002/01/04: CIA-RDP83-004/58/003/00/0000510 und volles Die Gelt vom 28. Mai 1949

Presseoerichte aus den Westzonen

Tentner und Finterblebenen für das Land Hessen veranstaltete eine Protestkundgebung. Landesvorsitzender SAUER bezeichnete die Art der Behandlung der in vot geratenen Beschädigten als besondere Tragik und wandte sich um Bilfelsistung an das Ausland. Er stellte die Frage, wo Humanität und Demokratie blebeng wenn Tausende der Verelendung preisgegeben Wirden durch ein Abroerbeschädigten-Leistungsgesetz, das jeder sozialen Gerechtigkeit Hobn soreche. Für das Gesetz machte er die Lethargie der Alliierten und den mangelnden Mut der deutschen Politiker, sich verantwortungsbewult einzusetzen, verantwortlich. Bis zur Schaffung eines neuen Gesetzes verlangte der Redner Anpessung der Renter an das veränderte Preis- und hohngefüge. Der Jundesregierung bliebe es nur überlassen, umgehend ein neues Versorzungsrecht zu sehaffen. Arbeitsminister ARNOCEN warnte anschließend vor einem weisteren Aufschub des Leistungsgesetzes, da dann die Tüchtlinge, Vertriebenen und Ariegsbeschädigten zu einer radikalen Politik greifen könnten.

könnten. Allgem. 2tg. vom 30. Mai 1949

No. 24

Deutsche Union. Der Vorstand der Deutschen Union hat in einer Erklärung zu dem Beginn eines "neuen Abschnitts der politischen Entwicklung in Deutschland" Stellung genommen und die Durchführung freier
und geheimer Vahlen sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien
in ganz Deutschland gefordert. Weder der Bonner Bundebtag noch der
Volksrat der Ostzone erfüllen, so heißt es in der Erklärung, die Hoffnungen des Volkes, das weder von einem Weststaat noch von der östlichen "Volksdemokratie" etwas wissen wolle:
Siidt. Ztg. vom 28. Mai 1949

Proteste gegen Max Reimanne Verhaltung. Der KPD-Parteivorstand erhob schäffsten Protest gegen die Verhaltung R. Die KPD erblickt in diesem "Willkürakt" den Versuch, die "ständig wachsende Bewegung für ein einiges und unabhängiges Deutschland" zu schwächen und die KPD im kommenden Wahlkampf zu behindern. Die Sinkerkerung h. ist nach Ansicht der KPD unter Bruch seiner parlementarischen Immunität erfolgt, da der Parlamentarische Rat noch nicht aufgelöst worden sei.

SAZ vom 31. Mai 1949

Senkung des Diskontsatzes um 0,5 v.H. Der Zentralbankrat der Bank Deutscher Länger beschloß, die Diskontsatze mit birkung vom 27. Mai um 1/2 v.H. herabzusetzen. Zur weiteren Rockerung auf den Gebiet der kurzfristigen Kredite werden die Findestreserven, die die Geldinstitute bei den Landeszentralbanken zu unterhalten haben, soweit sie sich nach den Bichteinlagen der Kundschaft berechnen, gesenkt, und zwar für Geldinstitute an Bankplätzen von 15 v.H. auf 12 v.H. und für Geldinstitute an Nichtbankplätzen von 10 v.H. auf 9 v.H. Guthaben auf den sogenannten Anlagekonten gelsen als Sichteinlagen. Diese Beschlüsse treten am 1. Juni 1949 in Kraft.

Auf einer Croßkundgebung der CDU in Stuttgart hat sich Dr. ADENAUER u.a. gegen die wieder aufgenommenen Demontagen gewandt. Die von den Keparationslisten absesetzten Werke stellten kapazitätsmäßig nur etwa 10 % des Gesantwertes dar. Wine Stelgerung des für Westdeutschland notwendigen Txports sei unmöglich, wenn die neuangeordnete unsinnige Demontage ausgeführt wirde. Dan Keudrrichtete Sicherheitsamt für die Westzonen, das den Frieden garantieren solle und in Vordrhein-westfallen bereits tätig sei, scheine sich zu einer Konkurrenz-Spionage übelster Sorte zu entwickeln. Die neue Bundesregierung werde sich gegen diese Industrie-Spionage, die ausdrücklich der Konkurrenz-Angst entspinge, wehren müssen.



suszilge aus Rundfunkberichten

Bender Stuttgert von 1. Juni 1949

REUTER erklärte gestern, er werde trotz der aclehnenden Haltung such weiterhin bereit sein, zwischen den Streikenden und der Eisensahnverwaltung zu vermitteln. Er außerte sich optimistisch über eine baldige Beendigung des Eisenbahnerstreiks. Wie die UCO mitteilte, werden die streikenden Eisenbahner morgen eine Urabstimmung über das Angecot der Reichspahndirektion vornehmen, sechzig Prozent der Bezüge in Vestmark auszuzehlen. Die ursprüngliche Absicht der UCO, den Taterzonenverkehr auch ohne die Zustimmung der Reichsbahn wieder in Cang zu bringen, wurde vorläufig zurückgestellt. Die westlichen Militarregierungen haben einen besonderen Ausschu3. für die Währungskontrolle in den Westsektoren eingesetzt. Der Kontrollausschuß hat seine creit bereits aufgenommen. Wohnungsinhaber haben von jetzt an ihre Mieten an Hausbesitzer, die im Ostsektor oder in der Ostzone wohnen, auf ein in den Westsektoren eröffnetes Bankkonto zu liberweisen. Der württembergisch-badische Kultusminister Dr. Beyerle erklarte auf der Schlußsitzung des Longresses für bessere menschliche Beziehungen in München, die Besatzungsmächte beitzen eine Reihe von Fehlern begangen, welche die demokratische Erziehung des deutschen Volkes verzögerten. Im Namen des deutschen Volkes seien im In- und Ausland gro-Be Verbrechen begangen worden. Es sei die Schuld der Deutschen, daß sie diesen Verbrechen nicht entschieden genug entgegen getreten seien. Die als Sühne dem deutschen Volk auferlegte Methode der Entnezifizierung sei aber nicht nur is son, sondern sogar ein nationales Unglück. Die Entnazifizierung sei ein mißglückter Versuch, dem deutschen Volk klarzumachen, was herechtigkeit sei. In Württemberg-Baden ist als dem ersten Land in der amerikanischen Zone das Lizenzierungssystem Jer Mil.Reg. für Druckerzeugnisse aufgehoben worden. Es ist nun jeder Person erlaubt, Zeitungen, Bücher und Broschüren zu veröffentlichen. Den Verlegern ist jedoch auch weiterhin die Propagierung nationalsozialistischer Idean und die Veröffentlichung von Druckmitteln untersagt, die Peindseligkeiten und Mißtrauen hervorrusen oder die militärische Bicherheit der Besatzungsmacht gefährden können. Franz BLUECHER hat an Dr. Funder ein Telegramm gesandt, in des er ihn bittet, sich dafür einzusetzen, daß die Gelsenberg-Benzin AG und die Pa. Scholven, die beide Pabriken zur Herstellung von synthetischem Benzin sind, nicht abgebaut werden. Er empfahl Dr. Pünder, sein Telegramm an die zuständige britische Scelle weiterzuleiten. In Südwürttemberg-Fohenzollern ist des Notopfer Berlin aufgehoben worden. Die Außenminister setzten heute ihre Beratungen fort. Mittags trafen sich die drei westl. Außenminister zu einer Privatunterredung. Es wurde beschlossen vorzuschlagen die nachsten Beratungen geheim zu führen. Besonders Bevin setzte sich dafür ein, weitere Tegungen ohne Teilnahme der Offentlichkeit stattfinden zu lassen. Auch gestern hatte Wyschinski erklärt, er könne sich nicht dem westlichen Standpunkt über die politische Sinheit Deutschlands anschließen. Man beschloß deher, zum zweiten funkt der Tagesordnung, dem Berliner Problem und der Wah-Pol. Kreise sind überzeugt, daß eine wirtschaftliche Einigung des Maxi-

Sender Stuttgart vom 2. Juni 1949

mum ware, das erreicht werden könne.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet hat einen neuen Höchststand erreicht, und zwar wurden im Mai durchschnittlich 335 000 t täglich gefördert. Demit hat sich der Tagesdurchschmitt um 6 1/2 tausend Tonnen erhöht. Walter FISCH erklärte dieser dage: "Wir werden jeden zur Kecheuschaft ziehen, der sich am Aufbau eines westdeutschen Kolonialstaates misschuldig macht! Reimann sei nur verhaftet worden, damit die Wahrneit

Auszige au mundiunkoerichten

Sender Stutteart vom 31. 181 1949

Wyschinski hat heute die Vorachlage der Westmächte für die Folitische und wirtschaftliche Zukunit Deutschlands erneut abgelehnt. Er nagte das Besatzungsstatut sei zeithich nicht befristet. In dem Statut sei vorgesehen, da3 in Deutschlern Edns lange Besatzung verbleibe. Weiter erklärte er, die Sinheit Deutschlands könne nicht nach dem Wusser des frundgesetzes hergestelle werden. Er verlangte forder, daß eine Delegation des sogenaanter Volkmans ihre ansichten Boer Bentschland vorbringen könne. Diese Forgerung Eirde von den drei Westmachten energisch zurückgewiesen. Acheson sicharte, er glaube auf Keigen Fall das die 2000 Delegierten des contachen Volkskongressen in irgerd einer Teine dus deutsche Vols oder auch nur die Bevölkerung der Ostzone repräsentierten. Der volkskongreß sei eine russische "agionetten-Organisation, die nicht ware, ir end etwas zu sagen, was richt von der SU vorher genehmigt seis: Die sowjetisch kontrollierte Reichspahadirektion Berlid hat sageordnet, das vom 1. Juni an Forkerten für die gestberliner S-Bebn-strecken nur gegen lestmerk verkeuft werden. Kreikeneyer hat die Yer-handlungen mit Oberbürgermeister Seuter über den Streik abgesagt. Das Vermittlungsangebot Hauters sai schon deshalb Regenstandslos, weil die Eisenvahndirektion wehrfach vergeolich den Berliner Begistrat ersucht habe, den in det Westsekboren Berlins wohnenden bisen-bahnern 60 % der Löhnzahlissen in estmark umzuteuschen. Der wirttemberg-badische handteg beschäftigte sich mit der grage der Zugehörigkeit von Beamten som Parlament. Präsident KEIL teilte mit, da3 f r das Land ürttemberg-Buden ein neuer Gesetzentwurf ausgearbeitet werden misse. Dr. 1975HLE des eine kegierungserklärung ab, an der es heißt, den Gestren zufolg wirden sich die Beanten-Algeordneten lediglich aus Gründen der Bisziolin zu entscheiden haben, ob sie ihr Amt oder ihr Abgedrine en mendat bei behalten wollten. Fir diese Entscheidung misse itmen eine erremessene Zeit gelassen werden. Daher könne ein automatisches erleichen der Mitgliedschaft eines de-amten nicht bejaht werden. Einzu komme, dei der umstrittene artikel des Landesbeamten eschzes mit des handesverfassung nicht vereinber sei und im Widerspruch zu anderen Verfassungsertikeln stehe. Den Entwurf des Innenminister une für des neue Landes-manl esetz sene eine Beschränkung der Wahlbarkeit der Beanten vor. Die Regie ung wolle aoer mit der Regelung der Logoregenheit warten, die der genlage Idhalt des sundeswehlgesstzes leatatehe. Der Spracher der Cou, RIE-DE Elek. sapte, das sin desetz die Frage regeln musse. Die A'D Achn-te durch Leibbrand die Reg. Ersterung ab. Dr. AESSLER, INP, betonte, da? mit der Regierungserklätung (je Frage noch nicht gelöst Werde. Die mil. Touv. der emerisen schot und der britischen Zone des prachen neute mit den Min. Präs. der Doppelzone die allijerten Abänderungs-wünsche zum Gahlgesetz. die Min. Fras. MOPT anschließend mitteile, wurde in der Unterredung klargestellt, das die Min. Präs. leuiglich für die Pestsetzung des Minitarmins, die Einberufung des Bundestages und die Bestellung eines Beblicomissare zuständig sind. Sine Abenderung des Wahlgesetzes, wie sie er allem für das Wahlsystem, die Zaml der logeordneten und die Verteilung der Kandidaten auf die einzelnen Länder gefordert wird, ist eine intelegenheit des Parl, Hatos, empone erklante die die die einzelnen grock erklante die die die die einzelnen grock erklante die STOCK orklärte, die Min. Trit. wirden sich vorausbichtlich nicht mit der von den Allierten sewinschten Enderung der bestimmung über Wahlscheine einverstanden erklären. Die Gouverneurs lätten gefordert, die lusgabe der Jahlscheine nur auf kan endrige der Goniffahrt zu beschran kan. Die Verwirklichung dieser West wurg würde den Prozentsatz der mahlneteiligung erheblich bereite wahr de denn nicht gerechten cahlbeteiligung erheblich heraseesnad, da dann nicht nur zahlreiche Geschäftsleute von der Wahl ausgeschlossen wären, sondern auch viele Friandsreisende, die gerade im Mochaommer besonders zanlreich seien.
Im Horizen sei es wegen der Drit weichkeit gut, und die gin. Pras. nich über Abanderungen em Vahlgesetz zu beschließen hetten. Die Tabsache, de3 11 Landtage sich danc erst ein egend mit der Materia befanger millten, words die Wahl zum ., dundester um 'onate verzögern.

Auszige ans Ruddunkberich

Sender Stuttmert vom 27. 241 .949

Die Außennin, werden voraussicht ich Wyschinskicheute aufkordern, seine Pläne für ein einhettlichen Deutschland genau zu definieren. W. besteni auch gestern auf wiedererrichtung des Kontrollmates. In Verlauf der Sitzung entwarf e ein Bild über die Antwicklung in der Ostzone. Ex segte u.s., daß der Lebensstanderd in der Ostzone basser sei als der in der Westzone. Seine Derlegungen wurden jedoch von den Westmüchten mit Skepsie aufge kommen; Bisher heben die Westmächte die sowjetischen Porderungen wech micht eindeutig abgelehnt. Sie ließen jedoch durcholicken, daß auch sie einige Bedin unden wellten versien jedoch durcholicken, daß auch sie einige Bedin unden wellten versien. Der füterverkehr zwischen den Westmenen und Berlin ist eingestellt worden. 35 Züge liegen auf de Barecke fest. Seit Dienstag sint nur 7 Züge in Berlin eingetroßen.
Anläßlich der Mitgliederverse mtung der Deutsch-Belgisch-Lutemburgischen Pandelskammer gab Dr. Pick Den einen kechenschaftsbericht über die Ale westdeutsche Wirtschaftsbolitik. Unter Bezugnehme auf ibe steigende Kohlenförderung erklägse er, bei Erreichen von 360 0 00 t

Anläßlich der Bitgliederverse miun, der Deutsch-Belgisch-Lutemburgischen Pandelskammer gab b. P. P. K. DER einen kechenschaftspericht über die Ale westdeutsche Wirtschaftspolitik. Unter Bezugnehme auf ihm steigende Kohlenförderung erklägee er, bei Erreichen von 760 000 ttägl. werde die Bewirtschaftung von Kohle Wesentlich gelochert oder aufzehoben werden. Burch eine Binnvole Zusenmenfassung aller mögelichen Binnnzierungsquellen hoffe man, im haufe des Etatsjahrs 19750 für Investitionszwecke 7,5 kmd. DM flüssig mechen zu können. Auch die demnächst von der Krechtensvelt für Wiedermißen herzuskommende steuerbegünstigte Anleihe werde rapital für die wichtigsten Investitionsvorhaben, wie Vohnurgsban, bergbau, Energiewirtschaft sammeln, Kapitalinvestitionsvorhaten berickschaft würden. Zur Brage des kontinuierlichen Absatzes der deutschen Produktion nach Befriedigung des Sachholbedarfes erklarte Dr. Pünder, nur eine außerordentliche Steigerung der deutschen Endorbe konne auf die Damer eine Absatzkrise inder zu hoch. Leider gingen roch 22,5 % der gesamten westdeutschen Mohle ins Ausland, wo die ohle untscheltung der Produktion, den Alseber.

Der Einer Batandhe stene einer Ausweitung der Produktion, dem Alseber.

Der Batandhe stene einer Ausweitung der Produktion, dem Alseber.

August HAUSSLEITER fordert freie und scheine Wahlen in allen deutschen Ländern unter Kontrolle der UN. dreetzt sich für die wiederherstellung der Trenzen von 1937 ein. Die Transätze der Atlantik-Charta missen für die ganze Monschheit gelten; sie für einzelne Völker außer Araft zu setzen, gefährdet die Benckratis Das Schicksal der deutschen Dder-Heiße-Crenze muß von seinen ehemaligen Bewohnern entschieden werfan. Ein gerechter Friede ist Moraussistung für die demokratische Weisersentwicklung in Buropa.

Sender Stuttgart vom 28, (ai 194)

Die Besprechungen zwisches Gerbredern des Prkft. Wirtschaftsstates und der DWK zwecks Wiederaufnehme den Enterzonenhandels sind auf undestimmte Zeit vertegt worden, den Prankfurtern an Unterlagen ienlete, Die ostzonalen Vertreter bena sich bereit erklärt, die des Die chungen Beierzeit wieder aufzunehmen.
Die Landesversämmlung der GSU in Suraubing hat heute an Stelle fom Justizmin. Dr. Miller dit DOS sogen 151 Stimmen den Win präs DY SHARD zum Landesvorsitzenden gegennt. BHARD sagge, er Stinge eff großes persönliches Opfer, went er des Amt des Min Präs. mit dem des fandesvorsitzenden verbinde. Der Sonn könne nur in einer Stankung der Partei und ihrer Haltung als politisches Instrument liegen. Die Jufgebe est unlösber, wenn nicht endlich mit dem berschlichen Gesenekender und bleibe: Nicht Bayern und Deutschland nicht ehne Sayern.
Des neue Soforthilfegesetz soll schalt wie möglich in Araft treten. Bes neue Soforthilfegesetz soll schalt wie möglich in Araft treten. Soforthilfe ist in erster Maie für Allentlinge, Motleidende und Wähe-